

178

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Meyer-Landrut

213-501.24/2-1714/74 VS-vertraulich

18. Juni 1974

Über Herrn Dg 21¹ Herrn D2² mit der Bitte um Genehmigung

Betr.: Gespräch D2 – Botschafter Falin;

hier: Geschäftswegregelung für Rechtshilfe

Herr D2 führte einleitend aus, wir seien den sowjetischen Vorstellungen insofern entgegengekommen, als wir – wenn auch nur mit schweren Bedenken – das sowjetische Modell angenommen hätten, zwei voneinander getrennte Protokollnotizen für den Rechtshilfeverkehr mit dem Bundesgebiet und mit Berlin (West) zu akzeptieren.³ Die beiden Protokollnotizen, die der Botschafter am 22. Mai 1974 dem Herrn Minister⁴ übergeben habe, unterschieden sich jedoch in

¹ Hat Ministerialdirigent Blech am 19. Juni 1974 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor van Well am 20. Juni 1974 vorgelegen.

³ Ministerialdirektor van Well erklärte dem sowjetischen Botschafter Falin am 22. April 1974, die Bundesregierung verstehe die Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko gegenüber Bundesminister Bahr vom 9. März 1974 dahingehend, „daß auch er eine in der Sache gleiche Regelung für die zuständigen Behörden der Bundesrepublik und Berlin (West) ins Auge fasse. Dies sei für uns ein entscheidender Punkt. Ein zweiter entscheidender Punkt für uns sei, daß eine getrennte Vereinbarung zwischen der sowjetischen Seite und dem Senat nicht in Betracht komme. Was die Frage anbetreffe, ob Berlin (West) durch eine einseitige Erklärung der Sowjetunion einbezogen werden könne, so könne man sich darüber unterhalten.“ Vgl. VS-Bd. 10151 (213); B 150, Aktenkopien 1974.

Am 10. Mai 1974 übergab Vortragender Legationsrat I. Klasse Meyer-Landrut dem sowjetischen Botschaftsrat Koptelzew die Entwürfe der Bundesregierung für zwei Protokollnotizen zum Rechtshilfeverkehr. Vgl. dazu VS-Bd. 10151 (213); B 150, Aktenkopien 1974.

Der Entwurf der Protokollnotiz Nr. 1 lautete: „Auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen den Außenministern Scheel und Gromyko vom 3.11.1973 fand in der Zeit vom ... bis ... ein Meinungsaustausch zwischen Delegationen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Fragen der Gewährung von Rechtshilfe statt. Als Ergebnis dieses Meinungsaustausches wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß der Rechtshilfeverkehr in Zivil- und Handelssachen im Sinne der geltenden Regelungen auf dem Wege des Direktverkehrs zwischen den Justizministerien der Bundesrepublik Deutschland und den Justizministerien der Unionsrepubliken der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erfolgt. Die Aufnahme des Direktverkehrs wird am ... erfolgen. Weitere Mitteilungen sind zur Aufnahme des Direktverkehrs nicht erforderlich.“ Der Entwurf der Protokollnotiz Nr. 2 lautete: „Die Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärte gegenüber der Delegation der Bundesrepublik Deutschland ihr Einverständnis damit, daß entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3.9.1971 der Rechtshilfeverkehr in Zivil- und Handelssachen im Sinne der geltenden Regelungen auf dem Wege des Direktverkehrs zwischen dem Senator für Justiz in Berlin (West) und den Justizministerien der Unionsrepubliken der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erfolgt. Die Aufnahme des Direktverkehrs wird am ... erfolgen. Weitere Mitteilungen sind zur Aufnahme des Direktverkehrs nicht erforderlich.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fleischhauer vom 6. Mai 1974; VS-Bd. 9710 (500); B 150, Aktenkopien 1974.

⁴ Am 22. Mai 1974 übergab der sowjetische Botschafter Falin Bundesminister Genscher den Entwurf einer mündlichen Erklärung zum Rechtshilfeverkehr zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR, die beide Seiten abgeben und schriftlich überreichen könnten: „Auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen den Außenministern A.A. Gromyko und W. Scheel vom 3. November 1973 hat ein Meinungsaustausch zwischen Vertretern (Delegationen) der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland über Fragen der Gewährung von Rechtshilfe stattgefunden. Als Ergebnis des Mei-

nichts von den am 9. März 1974 Herrn Minister Bahr übergebenen und von diesem bereits abgelehnten Texten⁵. Für uns sei folgende Klarstellung erforderlich:

- 1) Die operativen Teile der Berlin-Erklärung müßten mit der zweiseitigen Protokollnotiz übereinstimmen;
- 2) die Zusage Gromykos, daß die Erklärung uns gegenüber abgegeben ist, sollte in der Erklärung zum Ausdruck kommen;
- 3) wir hätten gern einen bestimmten Termin für das Inkrafttreten genannt. Dieser könne auch längerfristig angelegt sein⁶;
- 4) es sei eine Klarstellung erwünscht, daß nach dieser Prozedur keine weiteren Rechtsakte für das Inkrafttreten der Regelung über den Rechtshilfeverkehr erforderlich seien.

Botschafter Falin: Zur Frage der Übereinstimmung der beiden Texte wolle er sich noch unterrichten lassen, was „im Sinne der geltenden Regelungen“ in der Berlin-Erklärung zu bedeuten habe. Referatsleiter 500 führte aus, dies habe zwei Gründe:

- a) es werde klargestellt, um welchen Rechtshilfeverkehr es sich handle;

Fortsetzung Fußnote von Seite 767

nungsaustausches wurde vereinbart, daß der Rechtshilfeverkehr in Zivil- und Handelssachen im Sinne der geltenden Regelungen auf dem Wege des Direktverkehrs zwischen den Justizministerien der Unionsrepubliken der Union der SSR und den Justizministerien der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland erfolgt. Der Zeitpunkt der Aufnahme des direkten Verkehrs wird festgelegt, nachdem jede der beiden Seiten technische Voraussetzungen hierfür geschaffen hat.“ Hinsichtlich der Einbeziehung von Berlin (West) in den bilateralen Rechtshilfeverkehr erklärte Falin die sowjetische Bereitschaft, eine einseitige Mitteilung zu machen, die zu Protokoll genommen werden könne. Die Mitteilung sollte lauten: „Die sowjetische Seite erklärt ihr Einverständnis damit, daß in Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 ein direkter Verkehr zwischen den Justizministerien der Unionsrepubliken der Union der SSR und dem Senator für Justiz von Berlin (West) bei Gewährung von Rechtshilfen in Zivil- und Handelssachen unterhalten wird.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Meyer-Landrut; VS-Bd. 10139 (213); B 150, Aktenkopien 1974.

⁵ Für die Entwürfe der vom sowjetischen Außenminister Gromyko Bundesminister Bahr in Moskau übergebenen Protokollnotizen vgl. Dok. 84, Anm. 11.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Fleischhauer machte am 6. Juni 1974 darauf aufmerksam, daß der sowjetische Entwurf vom 22. Mai 1974 für eine Protokollnotiz zum Rechtshilfeverkehr zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR keinen Zeitpunkt für die Aufnahme des Direktverkehrs enthalte: „Die sowjetische Seite macht somit die konkrete Aufnahme des Direktverkehrs von einer weiteren Willenseinigung abhängig. Hierauf sollten wir uns aus mehreren Gründen nicht einlassen. Einmal haben wir ein Interesse daran, am Ende der sehr langwierigen und komplizierten Verhandlungen eine Einigung zu erzielen, die die Aufnahme des Direktverkehrs [...] vorsieht, ohne daß es einer neuen Willenseinigung bedarf; andernfalls wären möglicherweise neue und zeitraubende Verhandlungen erforderlich. Sodann ist zu beachten, daß die Signalwirkung einer entsprechenden Einigung mit der Sowjetunion für analoge Regelungen des Rechtshilfeverkehrs mit den übrigen Staaten des Ostblocks weitgehend gemindert würde, wenn wir mit der Sowjetunion nicht die Einigung darüber erreichen, daß die Aufnahme des Direktverkehrs von einem fixierten Zeitpunkt an tatsächlich erfolgen wird, ohne daß dazu weitere Schritte in der Sache selbst auf zwischenstaatlicher Ebene erforderlich werden. Schließlich und vor allem müssen wir im Auge behalten, daß die von der sowjetischen Seite vorgeschlagene Zweistufigkeit bei der Einführung des Direktverkehrs die Gefahr mit sich bringt, daß die sowjetische Seite die zweite Stufe – die Mitteilung über das Vorliegen der Voraussetzungen – direkt dem Berliner Senat gegenüber vollzieht; direktes Handeln der sowjetischen Regierung mit dem Senat über die Einführung des Direktverkehrs wollen wir aber grundsätzlich vermeiden.“ Vgl. VS-Bd. 10151 (213); B 150, Aktenkopien 1974.

b) für uns sei das Haager Abkommen auch für Berlin (West) gültig⁷, und mit dieser Formulierung, um die man in Moskau lange gerungen habe, sei – die beiden Rechtsstandpunkte nicht präjudizierend – eine für beide Seiten annehmbare Formel gefunden worden.

Botschafter Falin hielt dem entgegen, daß eine Aufnahme dieser Formulierung in die Berlin-Erklärung einer Übernahme des deutschen Standpunktes durch die Sowjetunion gleichkäme. Die einzige Möglichkeit, die er sähe, zu übereinstimmenden Texten zu kommen, sei die Streichung der Worte: „im Sinne der geltenden Regelungen“ in der gemeinsamen Protokollnotiz.

Herr D2 sagte weitere Prüfung zu.

Botschafter Falin: Zum Punkt des konkreten Datums wolle er feststellen, daß er dieses Thema mit Außenminister Gromyko und seinen Mitarbeitern in Moskau besprochen habe, die sowjetische Seite jedoch nicht bereit sei, ein festes Datum für das Inkrafttreten in die Protokollnotizen aufzunehmen. Möglicherweise könne aber eine Änderung der sowjetischen Haltung erfolgen, wenn alle anderen Fragen geklärt seien. Von der Sache her sollte es seiner Meinung nach der deutschen Seite genügen, wenn die sowjetische Seite erklären würde, daß die beiden Protokollnotizen gleichzeitig in Kraft träten. Er sehe im übrigen keine Schwierigkeiten, den letzten Satz der ersten Protokollnotiz hinsichtlich des Zeitpunktes auch in die zweite Protokollnotiz aufzunehmen. Im übrigen gehe es für die sowjetische Seite um zwei Fragen in diesem Zusammenhang:

a) die technischen Voraussetzungen müßten erfüllt sein;

b) der Prager Vertrag müsse in Kraft getreten sein, und die sowjetische Seite sei nicht bereit, heute schon festzustellen, wann der Prager Vertrag in Kraft trete.⁸

Herr D2 schlug vor, einen Satz zu paraphrieren, in dem das Datum durch drei Punkte ersetzt sei. Dies könne dann eingetragen werden, sobald der Prager Vertrag in Kraft getreten sei.

Botschafter Falin: Er werde diesen Vorschlag berichten und darauf zurückkommen.

Herr D2 kam dann noch einmal auf den Satz mit den geltenden Regelungen zurück. Er schlug vor zu prüfen, ob man einen solchen Satz nicht als Eingangssatz vor Abgabe der Erklärungen zu Protokoll vorsehen könne. Dieser werde dann nur von deutscher Seite abgegeben werden. Einzelheiten, wie das am besten zu machen sei, würden wir uns noch überlegen.

Botschafter Falin kam nunmehr auf die Frage der Verbindung zwischen den beiden Protokollnotizen zu sprechen. Die Berlin-Mitteilung werde vom sowjetischen Botschafter oder einem anderen Bevollmächtigten als offiziellem Vertreter der Sowjetunion gemacht. Der Text könne auf Wunsch übergeben werden. Es könne von deutscher Seite veröffentlicht werden, daß die Erklärung der

⁷ Für den Wortlaut des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 über den Zivilprozeß vgl. BUNDESGESETZBLATT 1958, Teil II, S. 577–585.

Für Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 1958 zum Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 über den Zivilprozeß vgl. Dok. 35, Anm. 9.

⁸ Zur Ratifizierung des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. Dok. 163, Anm. 20.

Bundesregierung gegenüber abgegeben würde. Zusätzlich wolle er feststellen, daß der Rechtshilfeverkehr zur gleichen Zeit zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) einerseits und der Sowjetunion andererseits aufgenommen werden könne, wenn dies für Westberlin annehmbar sei. Auf eine Rückfrage, was dies bedeute, erklärte Falin, daß die Mitteilung nicht aussage, an wen sie gerichtet sei. Es werde gegenwärtig in Moskau geprüft, ob und in welcher Form sie ggf. den Drei Mächten bekannt gemacht werde. Die Mitteilung gegenüber den Drei Mächten werde jedoch nicht früher erfolgen als uns gegenüber.

Herr D2 stellte fest, daß hier eine völlig neue Praxis eingeführt werden solle und dieses Verfahren hinter die Position zurückgehe, die Außenminister Gromyko am 9. März 1974 eingenommen habe.⁹

Botschafter Falin: Er möchte klarstellen, daß Gromyko nicht gesagt habe, daß die Mitteilung uns gegenüber abgegeben wird. Er habe nur gesagt, daß sie vom Botschafter der UdSSR oder einem Bevollmächtigten abgegeben werde. Dies könne auch in Bonn geschehen. Zur inhaltlichen Übereinstimmung der beiden Texte wolle er darauf hinweisen, daß beide den Direktverkehr vorsähen, somit eine gleiche Regelung des Rechtshilfeverkehrs und damit eine inhaltliche Übereinstimmung.

Herr D2 bat darum, möglichst die Prüfung bald abzuschließen, ob die sowjetische Seite die Drei Mächte unterrichten wolle. Dies würde für uns eine völlig neue Situation ergeben.

Botschafter Falin stellte fest, daß nach Auffassung der Sowjetunion in der Rechtshilfefrage Status und Sicherheit von Berlin (West) berührt seien und es insofern angebracht sei, die Drei Mächte von einer entsprechenden Regelung in Kenntnis zu setzen. Dies solle aber nicht früher geschehen, als die Mitteilung hierüber an die Bundesregierung erfolge.

Herr D2 stelle fest, daß für uns die Sache insofern noch besonders kompliziert werde, als wir ja wohl davon ausgehen könnten, daß die übrigen Warschauer-Pakt-Mächte entsprechend handeln würden.

Botschafter Falin meinte, die Lage sei wohl nicht ganz die gleiche insofern, als diese Mächte ja nicht Teilnehmer des Vier-Mächte-Abkommens seien, aber vergleichbare Prozeduren würden sicherlich erforderlich werden.

Herr D2 schloß das Gespräch mit der Feststellung ab, daß die Lage sich durch diese Äußerung von Botschafter Falin grundlegend gewandelt habe.

An dem Gespräch nahmen auf deutscher Seite teil: Dg21, VLR I Dr. Fleischhauer, VLR I Dr. Meyer-Landrut und Ministerialrat Dr. Wolf (BMJ); auf sowjetischer Seite: BR Koptelzew.

Das Gespräch dauerte etwa eine Stunde.

Meyer-Landrut

VS-Bd. 10151 (213)

⁹ Für das Gespräch des Bundesministers Bahr mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau vgl. Dok. 84.

179

Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt

114-12541/74 geheim
Fernschreiben Nr. 1799
Citissime

Aufgabe: 18. Juni 1974, 09.45 Uhr¹
Ankunft: 18. Juni 1974, 16.04 Uhr

Zu Drahtbericht aus Moskau Nr. 2044 vom 10. Juni – AZ: Pol. 322-2971/74 geh.²

Betr.: KSZE;
hier: amerikanische Haltung

Zur Unterrichtung

1) Es hat den deutlichen Anschein, daß sich die amerikanischen und die sowjetischen Vorstellungen über den Zeitablauf der KSZE zumindest in den letzten beiden Wochen nicht nur in Parallelität halten, sondern sich annähern. Diese Entwicklung wirkt – gefördert durch das am 11. Juni in Kopenhagen übergebene sowjetische Memorandum³ – auf einen rascheren Abschluß der materiellen Arbeiten und eine frühere Beendigung der zweiten KSZE-Phase hin, als es den Vorstellungen der Neun entspricht. Auch wird deutlicher, daß die

¹ Ablichtung.

² Botschafter Sahm, Moskau, äußerte die Ansicht, „daß bei Moskauer Gipfel Vorentscheidungen fallen, die weiteren Verlauf von KSZE und MBFR maßgeblich beeinflussen. Die mögliche Neigung Nixons [...], auf diesen Gebieten Zugeständnisse zu machen, begegnet sich mit starkem sowjetischem Wunsch, bei KSZE schnellen Durchbruch zu erzielen. Die in Washington unserer Botschaft mitgeteilten Zeitvorstellungen deuten darauf hin, daß Amerikaner rasches Ende der KSZE wünschen, um dadurch Ergebnisse bei MBFR zu beschleunigen, die baldige Rückverlegungen amerikanischer Truppen erlauben. Dazu paßt es, daß Sowjets nach hiesigem Eindruck zur Zeit in Wien nicht mit vollem Einsatz verhandeln, wohl u. a. deshalb, weil sie zunächst in KSZE angestrebte Ergebnisse unter Dach und Fach wissen wollen. Weg zu bipolarer Verständigung im KSZE-Bereich hat Nixon mit dem in Annapolis angebotenen Verzicht auf Einmischung und Systemveränderung bereits angedeutet. Dies könnte zu amerikanisch-sowjetischem Einvernehmen führen, das grundsätzlichen sowjetischen Einwänden gegen bisherige westliche Forderungen bei Korb III (keine Unterwanderung) und bei vertrauensbildenden Maßnahmen (keine Transparenz) Rechnung trägt. Damit wären beide Hauptbereiche im wesentlichen erledigt, in denen Westen bisher sowjetische Gegenleistungen für Befriedigung sowjetischer Hauptwünsche beim Prinzipienkatalog verlangte. Aus solchem amerikanisch-sowjetischem Einvernehmen würde sich starker Druck zu schneller Beendigung der KSZE auf Grundlage des bisher Erreichten entwickeln, besonders wenn Sowjets als Gegenleistung noch einige (optische) Zugeständnisse machen.“ Vgl. VS-Bd. 9965 (204); B 150, Aktenkopien 1974.

³ Gesandter Freiherr von Groll, z. Z. Genf, teilte am 12. Juni 1974 mit, daß die dänische Regierung über eine sowjetische Demarche in Kopenhagen am Vortag informiert habe, „die nach Auskunft der sowjetischen Delegation auch in den Hauptstädten aller anderen Teilnehmerstaaten erfolgen soll. [...] Das Memorandum fordert die Teilnehmerstaaten auf, eine realistische Haltung einzunehmen und die Verhandlungen bald zu beenden. Es versichert, daß Vereinbarungen der gegenwärtigen Konferenz später ausgeweitet und vertieft werden können. Die SU sei bereit, alles zu tun, um allseitig annehmbare, ausgewogene Lösungen ‚für alle vier TO-Punkte‘ zu finden. Sie schlägt vor, zur Endrunde der zweiten Phase hochrangige Vertreter nach Genf zu entsenden, die bevollmächtigt sein sollen, Beschlüsse am Ort zu fassen.“ Die dritte Phase der Konferenz solle auf höchster Ebene durchgeführt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 872; Referat 212, Bd. 111516.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, übermittelte Bundeskanzler Schmidt am 12. Juni 1974 ein Schreiben, in dem die Vorschläge des Memorandums wiederholt wurden. Für das Schreiben vgl. Referat 212, Bd. 111516.

USA eher als die Europäer einem Abschluß der Konferenz auf der Ebene der Staats- bzw. Regierungschefs zuneigen werden.

2) Die sich hierin abzeichnende Entwicklung ist nicht überraschend, zumal die amerikanische Regierung die KSZE stets als ein Instrument von wesentlich begrenzterem⁴ Eigenwert angesehen hat als europäische Länder. Washington hat die westliche Beteiligung an der Konferenz immer hauptsächlich als ein Zugeständnis an die SU gewertet, das in erster Linie in die Entwicklung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses einzuordnen war. Der amerikanische KSZE-Delegationsleiter⁵ bezeichnete die Konferenz demgemäß als „bescheidenen, aber wichtigen Schritt vorwärts innerhalb des weiten Rahmens der Entspannungspolitik“ und fügte hinzu: „Unsere Erwartungen bezüglich möglicher Konferenzergebnisse werden durch die umfassende Perspektive der Entspannung auf das richtige Maß zurückgeführt“ (Drahtbericht von NATOgerma Brüssel Nr. 830 vom 7. Juni, AZ: I – 20-12.03-2252/74 VS-vertraulich⁶).

Wesentliche Elemente der eigenen Haltung dürften für Washington gegenwärtig sein:

- Ausgleich einer in Moskau möglicherweise entstandenen Mißstimmung wegen des Eindrucks, bei den Bemühungen um den Frieden im Nahen Osten den Kürzeren gezogen zu haben. Ein solcher Ausgleich erscheint zur erfolgreichen Fortsetzung der amerikanischen Friedensbemühungen unerlässlich, vor allem angesichts der sowjetischen Co-chairmanship der Genfer Konferenz⁷.
- Bewahrung der Aussichten für eine erfolgreiche Fortsetzung von MBFR und SALT.
- Die Vorbereitung des Moskauer Gipfeltreffens ab 27. Juni⁸, zu dessen „Paket“ die KSZE im Hinblick auf die sowjetische Interessenlage sicherlich gehören muß.

Trotz der wiederholten Erklärungen, daß die amerikanische Außen- und Innenpolitik völlig getrennt voneinander zu sehen seien und sich gegenseitig nicht beeinflussen, wird man auch eine gewisse Rücksichtnahme auf die Entwicklung des „Watergate-Komplexes“⁹ in Rechnung stellen dürfen.

3) Selbstverständlich wird in Washington die Bedeutung der amerikanischen Haltung zur KSZE für die Beziehungen¹⁰ zu den eigenen Verbündeten durchaus gewürdigt. Die amerikanische Regierung versteht, daß sich die westlichen KSZE-Positionen nicht primär vom Interesse der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Beziehungen bestimmt sein kann.¹¹ Dem entspricht die dem Herrn Bundesminister gegebene Zusicherung Kissingers vom 11. Juni, daß die amerikanische Regierung im KSZE-Rahmen größten Wert auf die Solidarität der

⁴ Korrigiert aus: „begrenztem“.

⁵ Albert William Sherer.

⁶ Für den Drahtbericht des Botschafters Krapf, Brüssel (NATO), vgl. Dok. 161.

⁷ Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 10, Anm. 9.

⁸ Präsident Nixon hielt sich vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 197, Dok. 199 und Dok. 200.

⁹ Zur „Watergate-Affäre“ vgl. Dok. 163, Anm. 4.

¹⁰ Korrigiert aus: „Bezeichnungen“.

¹¹ So in der Vorlage.

Alliierten lege und zu einseitigen Zugeständnissen an die Sowjetunion nicht bereit sei.¹² Dies schließt nicht aus, daß das Gewicht der amerikanischen Politik bei der Formung der westlichen KSZE-Haltung so eingesetzt wird, daß Behinderungen der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Entspannungspolitik nach Möglichkeit vermieden werden. Es wird hier durchaus realistisch gesehen, welchen Einfluß ein politisches Kräftefeld der KSZE auf die¹³ Haltung Washingtons und Moskaus hat. Daher ist dem Moskauer Gipfeltreffen ab 27. Juni eine besondere Bedeutung für den Fortgang der KSZE nicht abzusprechen, auch wenn der amerikanische Präsident sich sicherlich – den Interessen seines Landes folgend – von dem Bestreben leiten lassen wird, volle Solidarität mit den Verbündeten zu wahren. Die Solidarität der Führungsmacht – die eine besondere sicherheitspolitische Verantwortung trägt – gegenüber ihren Partnern ist aber nicht ohne weiteres von derselben Qualität wie die der Partner gegenüber der Führungsmacht.

4) Die Darlegungen der Botschaft Moskau lt. Bezugsbericht, der amerikanische Präsident habe der Sowjetunion in seiner Rede in Annapolis am 5. Juni¹⁴ den Verzicht auf Einmischung und Systemveränderung angeboten und damit den Weg zu bipolarer Verständigung im KSZE-Bereich aufgezeigt, bedürfen aus hiesiger Sicht einer Ergänzung. Nixons Warnungen vor „gefährlichen Mißverständnissen“ in der Entspannungspolitik sind nämlich

- einmal so weit gefaßt, daß sie nicht nur die Sowjetunion, sondern „viele andere Völker“ einschließen, deren innere Systeme die USA nicht billigen können;
- zum anderen, gerade was die Sowjetunion anlangt, deutlich auf die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Kongreß in der Frage der Gewährung von Handelsvorteilen an die Sowjetunion im Zusammenhang mit der Trade-Bill¹⁵ zugeschnitten, also nicht auf die KSZE.

Praktisch kommen Nixons Ausführungen allerdings den sowjetischen Thesen recht nahe, wenn er sagt: „... es gibt Grenzen für das, was wir tun können, und wir müssen uns einige sehr harte Fragen stellen ... Inwieweit sind wir fähig, die innere Struktur anderer Nationen zu ändern? Würden eine Verlangsamung oder Kehrtwendung der Entspannungspolitik eine positive Entwicklung anderer gesellschaftlicher Systeme fördern oder ihr schaden? Welchen Preis – in

¹² Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger in Bad Reichenhall vgl. Dok. 171.

¹³ Korrigiert aus: „KSZE die“.

¹⁴ Präsident Nixon führte in der „United States Naval Academy“ u. a. aus: „In surveying the results of our foreign policy, it is ironic to observe that its achievements now threaten to make us victims of our success. In particular, a dangerous misunderstanding has arisen as to just what détente is and what it is not. Until very recently, the pursuit of détente was not a problem for us in America. We were so engaged in trying to shift international tides away from confrontation toward negotiation that people were generally agreed that the overriding consideration was the establishment of a pattern of peaceful international conduct. But now that so much progress has been made, some take it for granted. Eloquent appeals are now being made for the United States, through its foreign policy, to transform the internal as well as the international behavior of other countries, and especially that of the Soviet Union. This issue sharply poses the dilemma I outlined at the outset. It affects not only our relation with the Soviet Union but also our posture toward many nations whose internal systems we totally disagree with, as they do with ours.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1974, S. 471.

¹⁵ Zum Stand der Beratungen zum Handelsreformgesetz („Trade Reform Act“) in den USA vgl. Dok. 64, Anm. 9.

Gestalt eines neuen Konflikts – sind wir bereit zu zahlen, um in Fragen der Menschlichkeit Druck auszuüben? ... Wir würden eine Einmischung anderer Länder in unsere inneren Angelegenheiten nicht begrüßen, und wir können nicht erwarten, daß sie zur Zusammenarbeit bereit sind, wenn wir versuchen, uns direkt in ihre einzumischen. Wir können unsere Außenpolitik nicht auf Umbildung anderer Gesellschaftssysteme abstellen. Im nuklearen Zeitalter ist unsere erste Verantwortung die Verhinderung eines Krieges, der alle Gesellschaftssysteme zerstören könnte. Wir dürfen diese Grundwahrheit des modernen, internationalen Lebens nie aus den Augen verlieren. Friede zwischen Völkern mit total verschiedenen Systemen ist auch ein hohes moralisches Ziel...“.¹⁶

Der Präsident fuhr fort, eine dauerhafte Friedensstruktur müsse „zementiert werden durch die gemeinsame Vorstellung der Koexistenz und die gemeinsame Praxis der Akkommodierung“.¹⁷ Dies ist übrigens keine neue These. Kissinger entwickelte solche Gedankengänge bereits bei dem Hearing des Auswärtigen Ausschusses des Senats, das seiner Bestätigung als Außenminister voranging.¹⁸

5) Es liegt auf der Hand, daß eine solche „Philosophie“ nicht die beste vorstellbare Ausgangsbasis zur Durchsetzung weitreichender Vorstellungen bei Korb III und den vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE ist. Auch läßt sich auf diese Weise wohl kurzfristig im KSZE-Rahmen dem sowjetischen Konsolidierungskonzept kein Auflockerungskonzept von annähernd gleicher Wirkungskraft entgegensetzen. Insoweit stimme ich den Ausführungen unter 2) und 4) des Bezugsberichts der Botschaft Moskau zu, in denen auf die Gefahr eines amerikanisch-sowjetischen Einvernehmens im KSZE-Bereich nicht nur geringer sowjetischer Zugeständnisse¹⁹, trotz Befriedigung sowjetischer Hauptwünsche beim Prinzipienkatalog, hingewiesen wird.

Um so wichtiger wird die Abstimmung der Haltung zu den deutschland- und berlinpolitischen Fragen im KSZE-Zusammenhang werden, die in Ottawa bei dem Viereressen²⁰ vorgesehen ist.

[gez.] Staden

VS-Bd. 8071 (201)

¹⁶ Vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1974, S. 472.

¹⁷ Vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1974, S. 472.

¹⁸ Die Anhörung des außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senats zur Nominierung von Henry Kissinger als amerikanischer Außenminister fand vom 7 bis 17. September 1973 statt. Vgl. dazu HEARINGS BEFORE THE COMMITTEE ON FOREIGN RELATIONS. United States Senate. Ninety-Third Congress. First Session on Nomination of Henry A. Kissinger To Be Secretary of State. 2 Teile, Washington 1973.

¹⁹ So in der Vorlage.

²⁰ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Callaghan (Großbritannien), Kissinger (USA) und Sauvagnargues (Frankreich) am 18. Juni 1974 vgl. Dok. 182.

180

Botschafter Naupert, Tunis, an das Auswärtige Amt**114-12544/74 VS-vertraulich****Aufgabe: 18. Juni 1974, 13.10 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 200****Ankunft: 18. Juni 1974, 19.50 Uhr****Citissime**

Betr.: Europäisch-arabischer Dialog;
 hier: Übergabe des Aide-mémoire² an tunesischen Außenminister
 Chatti am 17.6.1974 um 17.20 Uhr

Bezug: Plurex Nr. 2340 vom 11.6.1974 – 310 – 310.10 EG³

Runderlaß 310 – 310.10 EG vom 29.5.1974⁴

Drahtbericht Nr. 197 vom 14.6.1974 – 310.10 EG VS-vertraulich⁵

I. Am Tage nach seiner Rückkehr von der OUA-Konferenz in Mogadischu⁶ empfing mich Außenminister Chatti. Ich übergab ihm gemäß Bezugserlaß Plurex Nr. 2340 vom 11.6. das Aide-mémoire über das Procedere für einen europäisch-arabischen Dialog und wies hierbei gemäß Ziffer 2 des Bezugserlasses auf Ziffer 4 des Aide-mémoire mit Nachdruck hin.

Laut Bezugserlaß vom 29.5.1974 erläuterte ich das Aide-mémoire unter Wiedergabe des Wortlauts der Anlage zu diesem Bezugserlaß unter II. 1) bis 6).

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von der Gablentz am 20. Juni 1974 vorgelegen.

² Für das auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10./11. Juni 1974 verabschiedete Aide-mémoire über den europäisch-arabischen Dialog vgl. Dok. 167, Anm. 11.

³ Ministerialdirektor Lahn wies die Vertretungen in den arabischen Staaten an, das Aide-mémoire der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten zu übergeben und die Arabische Liga über dessen Inhalt zu unterrichten. In Ziffer 2) des Runderlasses hieß es: „Bei Demarche sollte ergänzend besonders auf Ziffer 4 Aide-mémoire, letzter Satz, hingewiesen werden, woraus sich ergibt, daß bei europäisch-arabischem Dialog europäische Regierungen und Gemeinschaft gemeinsam auftreten.“ Vgl. Referat 310, Bd. 104982.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Redies übermittelte den Vertretungen in den arabischen Staaten den Text des Aide-mémoire der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit der Bitte, ihn nach Verabschiedung durch die Außenminister „im dortigen Außenministerium an möglichst ranghoher Stelle“ zu übergeben. Dabei solle ausgeführt werden, die europäischen Regierungen gingen davon aus, „daß es sich um eine echte Kooperation auf der Grundlage gegenseitigen Respekts und zum beiderseitigen Vorteil handeln solle. [...] Es erscheine den europäischen Regierungen ferner wichtig, von Anbeginn an klarzustellen, daß das Vorhaben einer europäisch-arabischen Kooperation sich in keiner Weise gegen die Interessen anderer Staaten oder Staatengruppen richte. Wir dächten dabei nicht zuletzt an die afrikanischen Staaten oder andere Staaten der Dritten Welt, die an Bindungen zur Europäischen Gemeinschaft interessiert seien.“ Vgl. Referat 310, Bd. 104981.

⁵ Botschafter Naupert, Tunis, kündigte an, daß er das Aide-mémoire der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten wegen der Abwesenheit des tunesischen Außenministers Chatti vermutlich erst am 17. Juni 1974 werde übergeben können. Er habe jedoch „angesichts der zwischen unseren beiden Regierungen vereinbarten Konsultationen und der herzlichen Beziehungen, die zwischen unseren beiden Ländern bestehen“, bereits vorab den Abteilungsleiter im tunesischen Außenministerium, Ladgham, mündlich vom Inhalt des Aide-mémoire unterrichtet. Vgl. VS-Bd. 9996 (310); B 150, Aktenkopien 1974.

⁶ Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU fand vom 12. bis 16. Juni 1974 statt.

Insbesondere wies ich auf den Abschnitt Ziffer 4⁷ hin, der nur für Tunis, Algerien und Rabat bestimmt ist.

II. Außenminister Chatti zeigte sich sehr herzlich und aufgeschlossen.

1) Einleitend bat er mich, den Dank seiner Regierung dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen für seine tatkräftige Mitwirkung als Präsident⁸ beim EPZ-Ministertreffen am 10./11.6.1974⁹ zu übermitteln. Gleichzeitig sprach er seinen Dank gegenüber dem Parlamentarischen Staatssekretär Wischniewski als zuständigem Parlamentarischen Staatssekretär für EG-Fragen aus.

2) Sodann betonte Außenminister Chatti das Interesse der tunesischen Regierung an einer weiteren Festigung und Vertiefung der deutsch-tunesischen Beziehungen auch außerhalb des Dialoges.

3) Was den Punkt 4 der Anlage zum Bezugserslaß vom 29.5.1974 anbetrifft, so erklärte Chatti, daß er diesem Passus voll beipflichte. Auch er vertrete die Auffassung, daß eine engere Kooperation zwischen der EG und den maghrebischen Staaten dazu beitrage, den europäisch-arabischen Dialog zu erleichtern und zu aktivieren. Er werde sich dafür einsetzen, daß sich der Außenminister, der gegenwärtig die arabischen Staaten als Präsident bei den bevorstehenden Besprechungen zu vertreten habe (Kuwait¹⁰, danach Jordanien¹¹) mit dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen bzw. ab 1. Juli 1974 mit dem französischen Außenminister¹² in Verbindung setzt.

4) Die drei Maghrebstaaten pflegten besonders enge Beziehungen zu der EG. Dies sei jedoch kein Hinderungsgrund für eine Befürwortung eines europäisch-arabischen Dialogs durch diese Staaten.

5) Vertraulich teilte mir der Außenminister mit, daß er sich auf der 61. Ratssitzung der Arabischen Liga in Tunis Ende März¹³ stark für einen solchen Dialog ausgesprochen habe, nachdem es im Rahmen dieser Sitzung offenkundig geworden sei, daß unterschiedliche Auffassungen über diesen Dialog bestünden.

⁷ Ziffer 4 der Anlage zum Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Redies vom 29. Mai 1974: „Im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen der europäischen Regierungen mit den Maghreb-Staaten im Rahmen der Mittelmeerpolitik (approche globale) sowie dem möglichen Interesse anderer arabischer Mittelmeeranrainer an dieser Politik hätten die neun Regierungen bei ihren Erörterungen über die europäisch-arabische Kooperation nachdrücklich Wert auf die Feststellung gelegt, daß diese Vorhaben durch das Projekt in keiner Weise beeinträchtigt, sondern im Gegenteil erleichtert und beschleunigt werden sollten.“ Vgl. Referat 310, Bd. 104981.

⁸ Die Bundesrepublik übernahm am 1. Januar 1974 die EG-Ratspräsidentschaft.

⁹ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10./11. Juni 1974 vgl. Dok. 167 und Dok. 168.

¹⁰ Scheich Sabah Al-Ahmad Al-Jabir.

¹¹ Zaid Al-Rifai.

¹² Jean Sauvagnargues.

¹³ Vom 25. bis 28. März 1974 fand in Tunis eine Tagung des Rats der Arabischen Liga statt. Über den Beschluß zum europäisch-arabischen Dialog berichtete Botschafter Naupert, Tunis: „Nach grundsätzlicher Billigung Dialogs durch Rat wurde Kommission gebildet, deren Aufgabe darin besteht, Bedingungen für eine Kooperation zu studieren, Berichte vorzubereiten und dem Rat Vorschläge zu unterbreiten. Kommission gehören an: Generalsekretär der A[rabischen] L[iga] (in der O[rganisation] de l[ibération] de la P[alestine] auf Expertenebene mitwirken soll), Vereinigte Arabische Emirate, Tunesien, Algerien, Saudi-Arabien, Sudan, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Ägypten und Syrien. Vor allem die beiden letztgenannten Staaten sollen Dialog so vorbereiten, daß ‚Voraussetzungen für Erfolg gewährleistet‘ sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 107 vom 1. April 1974; Referat 310, Bd. 104981.

Diese Unterschiede hätten sich fast ausnahmslos auf die US-orientierten Staaten Jordanien und Saudi-Arabien bezogen.

Um eine einheitliche Auffassung über den Dialog herbeizuführen, habe er folgende Argumente vorgetragen, auf Grund derer dann schließlich eine Einstimmigkeit auf dieser Konferenz zustande gekommen sei:

a) Es sei niemals gut, sich auf einen Freund zu verlassen. Vielmehr müsse man auf mehrere Freunde bauen.

b) Westeuropa bilde geographisch und geopolitisch einen Teil der großen Region, in der auch die arabischen Staaten beheimatet seien. Hieraus ergebe sich zwangsläufig, daß es bei gutem Willen auf beiden Seiten möglich sei, ein echtes Partnerschaftsverhältnis herzustellen.

c) Der europäisch-arabische Dialog richte sich weder gegen die USA noch gegen die UdSSR.

d) Sofern es Differenzen zwischen der EG und den USA gäbe, werde hiervon die arabische Welt nicht berührt. In der gegenwärtigen Weltlage sei es zwingend notwendig, daß die EG und die arabischen Staaten als Partner zusammenarbeiteten.

6) Im Prinzip sei er mit dem Inhalt des Aide-mémoire voll einverstanden. Er gebe jedoch zu bedenken, daß ein solcher Dialog mit dem Ziel einer weitgehenden und langfristigen Zusammenarbeit nur dann erfolgreich sein könne, wenn man die politischen Aspekte nicht ausklammere. Hierzu führte Chatti im einzelnen folgendes aus:

- Europa solle sich, wenn möglich, bei der Lösung des Nahost-Konfliktes nicht passiv verhalten, zumal es den Anschein habe, daß die USA ihre passive Haltung aufgegeben hätten. Natürlich beruhe dieses Urteil nur auf der Gegenwart.
- Die arabischen Staaten seien neben einer wirtschaftlichen Kooperation auch deswegen an einer politischen Zusammenarbeit interessiert, da eine langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit nur fruchtbar dann sein könne, wenn man gewisse politische Aspekte einbeziehe. Dies besage nicht, daß die EG von sich aus die Initiative ergreifen müsse. Sie solle lediglich eine Lösung (der USA) unterstützen, die sowohl für die arabische Seite wie auch für die israelische akzeptabel sei. Natürlich dürfe man nicht die „nationalen Rechte der Palästinenser“ vergessen. Hier gelte es abzuwarten, welche Lösung die Amerikaner anstrebten und ob diese Lösung von den Palästinensern akzeptiert werde.
- Schließlich sollten wir nicht vergessen, daß letztlich die USA die EG als wirtschaftlichen Konkurrenten betrachteten. Deswegen tolerierten die USA zwar den Dialog nach außen hin, seien jedoch in ihrem Herzen ihm gegenüber reserviert, weil sie das „Geschäft“ allein machen wollten. Die Amerikaner seien sogar so weit gegangen, den Arabern Atombomben anzubieten, wenn diese sie wollten. Das sei sicherlich nicht der Weg, um eine friedliche und gerechte Lösung im Nahen Osten herbeizuführen.
- Jedenfalls bestehe in der gegenwärtigen Situation für Europa kein Anlaß, sich von den Israelis in irgendeiner Form ins Schlepptau nehmen zu lassen. Die Europäer hätten keinen Grund, vor den Israelis Angst zu haben, da so-

wohl Israel wie auch die Araber – wenn sich eine gerechte Lösung finden lasse – keinen Konflikt, sondern den Frieden wünschten.

- Er könne mir in aller Offenheit sagen, daß sich nach Ablauf von zwei Jahren vieles verändert haben werde, und zwar nicht zuletzt durch die Bildung eines palästinensischen Staates. Es gelte auch für uns Europäer die Regel, daß man den Zug rechtzeitig besteigen solle, da es schwierig ist, auf einen fahrenden Zug aufzuspringen. Es werde viele Veränderungen in der Welt geben, nicht nur im arabischen Bereich, sondern auch in den arabisch-amerikanischen Beziehungen. (Gegenüber all diesen Ausführungen Chattis verhielt ich mich zurückhaltend. Ich möchte sie jedoch der Vollständigkeit halber wiedergeben.)

7) Zu den wirtschaftlichen Aspekten der im Rahmen des Dialogs vorgesehenen Kooperation erläuterte Chatti im einzelnen folgendes:

Tunesien habe innerhalb der arabischen Welt eine Art Arbeitsteilung vorgeschlagen. So seien bereits im engeren Maghreb gewisse Schwerpunkte vorgesehen: Marokko – Landwirtschaft, Algerien – Schwerindustrie, Tunesien – elektronische Erzeugnisse. Von der BRD erwarte man nicht nur die Lieferung von Industriegütern, sondern hoffe auch, das technische Know-how auf gewissen Gebieten zu erhalten.

8) Außerdem sagte Chatti: „Wir wollen keinen Dialog in der Form, daß die Araber die Erdölkanne in der Hand tragen und die Europäer ihrerseits irgendeine Ware im Korb anbieten. Man müsse sich auch über politische Fragen unterhalten. Hierfür bedürfe es zweifellos der Unvoreingenommenheit und des Mutes. Wenn die Amerikaner die von ihnen bisher eingeschlagene neue politische Richtung weiterverfolgen, dürften für die Europäer keine Schwierigkeiten bestehen, den Amerikanern zu folgen. Eine Einstimmigkeit innerhalb der Gemeinschaft sei schon deshalb notwendig, weil die Aufhebung des Embargos von allen arabischen Staaten – mit Ausnahme von Saudi-Arabien – gebilligt worden sei.¹⁴ Durch eine Einstimmigkeit der EG werde voraussichtlich auch Saudi-Arabien seine Haltung gegenüber den vom Embargo betroffenen EG-Ländern¹⁵ ändern. Natürlich gebe es in Holland einflußreiche Kreise, die einfach die arabische Politik nicht verstehen wollen und eindeutig eine pro-israelische Linie verfolgten. Vielleicht gelinge es uns durch das Prinzip der Einstimmigkeit in der EG, die Holländer auf einen gemeinsamen Kurs zu bringen.

¹⁴ Am 1./2. Juni 1974 fand in Kairo eine Konferenz der Erdölminister aus neun OAEPC-Mitgliedstaaten statt. Dazu wurde in der Presse berichtet: „Algeria broke the embargo front of Arab oil ministers today by deciding to resume petroleum shipments to the Netherlands, which had been black-listed by Arab oil producers since October. [...] The eight other Arab countries, led by Saudi Arabia, which insisted that the embargo should be maintained, said through a conference spokesman that there had not been a change in Dutch policy that would justify the lifting of the embargo now. [...] But conference sources cautioned against interpretations that a major split had developed over the Dutch embargo issue. They said a consensus had been reached at today's meeting that the ban had outlived its usefulness. Saudi Arabia's petroleum minister, Sheikh Ahmed Zaki Yamani, reportedly insisted, however, that the embargo should not be lifted before the oil ministers' next meeting, scheduled for July 10 in Cairo.“ Vgl. den Artikel „Algeria Lifts Oil Embargo on Dutch“, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 3. Juni 1974, S. 1.

¹⁵ Zum Ölboykott mehrerer arabischer Staaten gegen die Niederlande und Dänemark vgl. Dok. 1, Anm. 3, bzw. Dok. 75, Anm. 11.

III. Abschließend bemerke ich nochmals, daß das gesamte Gespräch – auch in dem Teil, in dem ich mich zwangsläufig passiv verhalten mußte – außerordentlich freundschaftlich und sehr offen verlief. Mag die Auffassung des tunesischen Außenministers vielleicht in manchen Punkten nicht mit der der übrigen arabischen Staaten, in denen eine gleichlautende Demarche vorgenommen wurde, übereinstimmen, so scheint es mir dennoch angezeigt, die Ausführungen Chattis im Geiste der zwischen unseren Staaten bestehenden Freundschaft und auch im Sinne der von uns angestrebten europäisch-arabischen Zusammenarbeit eingehend zu prüfen.

IV. Ich werde heute meine EG-Kollegen nur über die wichtigsten Punkte (die vertraulichen Ausführungen ausgenommen) unterrichten.

[gez.] Naupert

VS-Bd. 9897 (200)

181

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Wilson

VS-vertraulich

19. Juni 1974¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem britischen Premierminister Wilson im Palais Schaumburg am Mittwoch, dem 19. Juni 1974, von 10.00 bis 12.10 Uhr.²

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Fischer, Bundeskanzleramt, am 19. Juni 1974 gefertigt und am 24. Juni 1974 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schönfeld übermittelt. Dazu teilte er mit: „Ich wäre dankbar, wenn die Aufzeichnung vertraulich gehandhabt und außer der Amtsspitze nur den unmittelbar betroffenen Arbeitseinheiten zugänglich gemacht werden könnte. Das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Wirtschaft und das Bundesministerium für Verteidigung haben jeweils Auszüge aus der Aufzeichnung erhalten.“

Hat Schönfeld am 25. Juni 1974 vorgelegen, der die Gesprächsaufzeichnung an Ministerialdirektor Hermes „m[it] d[er] B[itt]e“ um restriktive Unterrichtung der Referate“ leitete.

Hat Ministerialdirigent Poensgen am 26. Juni 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Lautenschlager und die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Ruyter und Jelonek verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich: „Herrn D 4 am 28.6. vorzulegen.“

Hat Lautenschlager am 26. Juni 1974 vorgelegen.

Hat Ruyter am 27. Juni 1974 vorgelegen.

Hat Jelonek am 28. Juni 1974 vorgelegen.

Hat Hermes am 28. Juni 1974 vorgelegen.

Hat Jelonek erneut am 28. Juni 1974 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herr D 4 wäre für Wiedervorlage dankbar.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 8851 (410); B 150, Aktenkopien 1974.

² Mit Schreiben vom 21. Mai 1974 informierte Premierminister Wilson Bundeskanzler Schmidt über seine Absicht, am 18. Juni 1974 zum Spiel der Fußball-Weltmeisterschaft zwischen Schottland und Brasilien nach Frankfurt/Main zu reisen. Er erklärte seine Bereitschaft, im Anschluß zu einem Gespräch mit Schmidt nach Bonn zu kommen. Vgl. dazu Referat 204, Bd. 101400.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Dannenbring bat die Botschaft in London am 27. Mai 1974, Wilson mitzuteilen, „daß der Bundeskanzler diesem Zusammentreffen gerne entgegensieht. Dabei

Der Bundeskanzler führte mit PM Wilson von 10.00 bis 10.45 Uhr ein Gespräch unter vier Augen.

Anschließend nahmen teil: Botschafter Sir Nicholas Henderson; der erste Persönliche Referent, Armstrong; der zweite Persönliche Referent, Lord Bridges; Staatssekretär Gehlhoff; Botschafter von Hase; MDg Dr. Per Fischer.

Auf Bitten des Bundeskanzlers faßte PM Wilson den Inhalt des Vier-Augen-Gespräches wie folgt zusammen:

Neben allgemeinen politischen Fragen sei die weitere Entwicklung des Verhältnisses Großbritanniens zur Gemeinschaft erörtert worden. Er habe die ursprünglich vorgesehene Verbindung der Neuwahlen zum Unterhaus³ und dem Referendum über die Ergebnisse der EG-Verhandlungen⁴ als unwahrscheinlich bezeichnet, insbesondere falls die Wahlen im Herbst stattfänden. Ohnehin sei in den Gesprächen in der Gemeinschaft durch den Tod von Präsident Pompidou⁵ eine Verzögerung eingetreten. Es sei unwahrscheinlich, daß vor dem Herbst ein Abschluß erreicht werden könne. Auch die britische Regierung verstehe es, falls die kontinentalen Staaten sich zu den britischen Wünschen erst endgültig äußern wollten, nachdem sie wüßten, wer für eine längere Zukunft die Regierung in Großbritannien innehaben werde. Auch für die britische Regierung, die aus den Wahlen hervorgehe, würden die Verhandlungen dadurch erleichtert werden, daß sie einen Zeitraum von fünf Jahren vor sich habe. Er sei im übrigen mit dem bisherigen Ablauf der Dinge in der Gemeinschaft zufrieden. Die mit der Ratsentscheidung vom 4. Juni 1974⁶ erreichte Bewegung müsse aufrechterhalten werden. Unter den günstigsten Umständen könne bis zum Ende des Jahres oder bis zum Beginn des nächsten Jahres mit einem Verhandlungsende gerechnet werden. Er, Wilson, habe den Eindruck des Bundeskanzlers voll bestätigt, daß die britische Regierung von Anfang an den Wunsch gehabt habe, die Verhandlungen zu einem Erfolg zu führen. Sicherlich sei die Position der Regierung in der Partei und im Land schwierig; sie habe es jedoch abgelehnt, die gaullistische Politik des „leeren Stuhles“⁷ zu führen oder die Verhandlungen als eine Konfrontation zwischen Großbritannien und den Kontinentalen anzusehen. Die britische Regierung wolle vielmehr als Teil der Gemeinschaft mit den übrigen Partnern sprechen. Sie werde der normalen EG-Arbeit keine Hindernisse in den Weg legen und sich auch an der „Vertiefung“ beteiligen. Die britische Regierung glaube, daß die Verhandlungen ohne Vertragsän-

Fortsetzung Fußnote von Seite 779

sollte der britischen Regierung auch mitgeteilt werden, daß der Aufenthalt des Premierministers mit dem Staatsbesuch der Königin von Dänemark zusammenfällt. Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von diesem Ereignis nicht zu sehr abzulenken, würden wir es begrüßen, wenn die britische Seite die Reise des Premierministers publizistisch auf die Teilnahme am Fußballspiel konzentrierte und dem Besuch in Bonn den Charakter eines inoffiziellen Zwischenaufenthalts gäbe. Wir gehen davon aus, daß eine Pressekonferenz des Premierministers in Bonn diesem Charakter nicht entsprechen würde.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 855; Referat 204, Bd. 101400.

Zu dem Gespräch vgl. ferner SCHMIDT, Nachbarn, S. 138–141.

³ Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 10. Oktober 1974 statt.

⁴ Zur Ankündigung des britischen Außenministers Callaghan auf der EG-Ministerratstagung am 4. Juni 1974 in Luxemburg, über die Ergebnisse der Verhandlungen zur Neuregelung der EG-Beitrittsbedingungen in einem Referendum abstimmen zu lassen, vgl. Dok. 157, Anm. 6.

⁵ Staatspräsident Pompidou verstarb am 2. April 1974.

⁶ Zur EG-Ministerratstagung in Luxemburg vgl. Dok. 177, Anm. 26.

⁷ Zur EWG-Krise 1965/66 und zur französischen „Politik des leeren Stuhls“ vgl. Dok. 109, Anm. 16.

derungen zum Ende geführt werden könnten; an eine Änderung der Römischen Verträge habe er ohnehin nie gedacht, eine Änderung des Beitrittsvertrages⁸ habe er zunächst ins Auge gefaßt, in vielen Fragen sehe es aber jetzt so aus, daß dies nicht notwendig sein werde. Er ginge deshalb davon aus, daß es zu keiner Vertragsänderung komme, es sei denn, es würde sich in einem oder in zwei Punkten doch als unumgänglich erweisen. Die übrigen Gemeinschaftsstaaten hätten sich in den vergangenen Wochen sehr entgegenkommend gezeigt; dies sei auch auf der kürzlichen Sitzung des Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister⁹ zu erkennen gewesen. Der britische Landwirtschaftsminister Peart, der als Anti-Europäer gelte, sei außerordentlich beeindruckt gewesen, in welcher offenen Weise Probleme in der EG diskutiert und Lösungen für sie gefunden werden könnten. Dies sei ein Vorbild auch für andere Fragen.

Bundeskanzler bezeichnete es als außerordentlich günstig, daß wir in den Gesprächen mit Großbritannien unter keinerlei Druck stünden, auch nicht unter dem Druck britischer Wahlen. Er wies darauf hin, daß er sich bei der Ratifizierung der Römischen Verträge der Stimme enthalten habe, weil er die Abwesenheit Großbritanniens und der skandinavischen Staaten als einen Fehler empfunden habe.¹⁰ Mit Präsident Giscard d'Estaing habe er bei dem kürzlichen Gespräch¹¹ wirtschaftlich sinnvolle Überlegungen für die Wiedergewinnung der innergemeinschaftlichen Stabilität formuliert. Viel werde in den nächsten fünf bis sechs Monaten davon abhängen, wie weit es dem französischen Präsidenten gelänge, in Frankreich eine Stabilitätspolitik wieder einzuführen.¹² Im Verhältnis zu den USA nehme Giscard eine vorurteilslose und entspannte Haltung ein; er sei auch dort zu einer Koordination bereit, wo dies in der Vergangenheit von der französischen Regierung noch nicht geduldet worden sei.

⁸ Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Poensgen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sic.“

Für den Wortlaut des Vertragswerks vom 22. Januar 1972 über den Beitritt von Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen zu EWG, EURATOM und EGKS vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

⁹ Zur EG-Ministerratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 4. Juni 1974 in Luxemburg vgl. Dok. 157, Anm. 21.

¹⁰ Der Bundestag verabschiedete am 5. Juli 1957 in zweiter und dritter Lesung das Gesetz zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 38, S. 13314–13349.

Dazu vermerkte Helmut Schmidt im Rückblick: „Seit Churchills Europa-Rede 1946, das heißt schon vor der mitreißenden Initiative Robert Schumans und Jean Monnets, war ich ein überzeugter Anhänger des westeuropäischen Zusammenschlusses. Aber instinktiv konnte ich mir – anders als Churchill – eine gedeihliche europäische Integration ohne Beteiligung Großbritanniens nicht vorstellen. Ich fürchtete, daß ohne britischen common sense, ohne die politische Vernunft Großbritanniens die Sache schiefegehen werde. Deshalb habe ich mich bei der Ratifizierungsabstimmung über die Römischen Verträge – gemeinsam mit einigen anderen sozialdemokratischen Hamburger Abgeordneten – der Stimme enthalten. Nicht weil ich Schumachers Ablehnung der Westintegration aus Gründen der nationalen Einheit geteilt habe, sondern weil ich glaubte, Europa werde ohne den britischen Faktor ein ‚Klein-Europa‘ bleiben und sei nicht lebensfähig. Wenn Großbritannien nicht mitmachen wolle, müsse man warten, dachte ich.“ Vgl. SCHMIDT, Nachbarn, S. 102.

¹¹ Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 31. Mai/1. Juni 1974 in Paris vgl. Dok. 157.

¹² Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Poensgen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig].“

Bundeskanzler wies im übrigen darauf hin, daß er mit Wilson¹³ auch Informationen über die jeweilige Wirtschaftslage ausgetauscht habe.

PM *Wilson* hob hervor, daß dabei – trotz aller Unterschiede – auch gewisse Parallelitäten zum Ausdruck gekommen seien, so z.B. der Rückgang in der Bau- und in der Automobilindustrie. Problematisch sei für die britische Regierung der hohe Stand der Staatsverschuldung.

Bundeskanzler äußerte seine tiefe Besorgnis über die Entwicklung auf dem Euro-Markt. Die Verwendung kurzfristiger Gelder für langfristige Kredite sei dabei besonders besorgniserregend. Es sei Aufgabe der Regierungen, den Ausbruch einer schweren Krise auf diesem Markt zu verhindern. Im Gegensatz zu 1970 seien die Schwierigkeiten auf dem Euro-Markt nicht durch eine Deflationsspolitik der Regierungen, sondern durch die außerordentlich hohe Inflationsrate, höher als je außerhalb von Kriegen, verursacht worden. Die Ölpreiserhöhung habe zu Defiziten bei den Industrieländern geführt, deren letzte, bisher noch nicht erkannte Folge in der Reduktion der Realloohnerhöhungsmargen liege. Falls die Regierungen nicht durch gemeinsame Maßnahmen in der Lage wären, die Schwierigkeiten zu beheben, drohe nach wie vor die Gefahr einseitiger nationaler Maßnahmen, die durch die Drosselung von Importen Arbeitslosigkeit in den Exportstaaten hervorrufen würde. Die Schaffung neuer Geldmittel durch die Notenpresse biete auch keine Lösung, sie erschüttere vielmehr die internationale Kreditwürdigkeit des so handelnden Staates. In dieser gefährlichen Situation sei nicht damit zu rechnen, daß die USA die Führung übernehmen würden. Der bisherige Finanzminister Shultz, der dazu in der Lage gewesen wäre, sei zurückgetreten¹⁴; die USA seien ohnehin wegen ihrer geringen Exportabhängigkeit nicht so betroffen. Letzen Endes könnten nur die westeuropäischen Staaten und Japan tätig werden.

Wilson unterstützte die Betrachtungsweise des Bundeskanzlers. Die Erschütterung des japanischen „Wirtschaftswunders“ durch die Ölpreiskrise sei symptomatisch. Er habe schon des längeren Sorge über die Entwicklung auf dem Euro-Markt geäußert. Der Zusammenbruch einer einzigen Bank¹⁵ könne, wie bei der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren, wie ein Signal wirken. Die konservative Regierung in Großbritannien habe die Kapitalverkehrskontrollen aufgegeben und eine Staatsverschuldung betrieben wie nie zuvor. Das Geld sei in den Grundstücksmarkt gepumpt worden, der seit der Drei-Tage-Woche¹⁶

¹³ Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Poensgen hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹⁴ Zum Rücktritt des amerikanischen Finanzministers Shultz am 14. März 1974 vgl. Dok. 159, Anm. 10.

¹⁵ Die Wörter „Zusammenbruch einer einzigen Bank“ wurden von Ministerialdirigent Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Herstatt hoffentlich nicht.“

¹⁶ In der Folge der am 8. Oktober 1973 von der britischen Regierung verkündeten dritten Phase der Anti-Inflationspolitik mit weiteren Preis- und Lohnkontrollen kam es seit November 1973 zu Streiks der Bergarbeiter, Lokomotivführer und Kraftwerksingenieure. Premierminister Heath kündigte daher am 13. Dezember 1973 im britischen Unterhaus die vorübergehende Einführung einer Drei-Tage-Woche ab dem 31. Dezember 1973 zur Reduzierung des Energieverbrauchs an; Geschäfte und Büros durften an den anderen beiden Werktagen nur ohne Verwendung von Elektrizität geöffnet bleiben. Die Beheizung nur eines Raums in privaten Wohnungen wurde empfohlen. Der Sendeschluß für die britischen Fernsehanstalten wurde auf 22.30 Uhr festgelegt. Vgl. dazu HANSARD, Commons, Bd. 866, Sp. 645–649.

Nach der Bildung einer neuen Regierung unter Premierminister Wilson am 4. März 1974 einigten sich „National Coal Board“ und die „National Union of Mineworkers“ am 6. März 1974 auf Lohnerhöhungen mit einem Gesamtvolumen von 103 Mio. Pfund. Daraufhin wurden die Streiks am 9. März

ebenfalls erschüttert sei. Eine Reihe von kleineren britischen Banken müßten bereits durch die Großbanken gestützt werden. An eine amerikanische Führung sei nicht zu denken; selbst wenn Kissinger die Existenz der US-Regierung in der Außenpolitik durch seine Aktivität aufrechterhalten könne, gelte dies nicht für den finanziellen Sektor. Insbesondere der Kongreß werde dem Präsidenten keinerlei Führungsrolle in Weltwährungsfragen gestatten. Er habe Harold Lever als seinen Berater gewählt, der eine Reihe neuer Gedanken vorbereiten wolle. Deutsche Kontakte mit Lever seien nützlich.¹⁷

Bundeskanzler erklärte sein Einverständnis. Er erklärte, daß drei deutsche Großbanken vor der Entscheidung stünden, sich nicht zunehmend durch ihre Tochterunternehmen am Euro-Markt zu engagieren. Überlegungen der Regierungen dürften jedenfalls nicht an die Öffentlichkeit dringen. Vielleicht könnten zwischen Harold Lever sowie deutschen und amerikanischen Gesprächspartnern erste Überlegungen dieser Art angestellt werden.

StS Gehlhoff stellte die Frage nach dem „recycling“ der arabischen Einnahmen aus der Ölproduktion.¹⁸

Wilson teilte mit, daß er kürzlich gemeinsam mit dem Gouverneur der britischen Zentralbank¹⁹ den saudi-arabischen Innenminister, Prinz Fahd, gebeten habe, einer langfristigen Anlage der saudi-arabischen Gelder in Großbritannien den Vorzug vor einer kurzfristigen Anlage zu geben. Die arabischen Gelder seien in Großbritannien zunächst in Gold, dann in anderen Rohstoffen, schließlich in Grundstücken angelegt worden. Dabei seien zwar Geschäfte gemacht worden, diese seien jedoch nicht auf Dauer. Deshalb sei es auch im arabischen Interesse besser, Anlagemöglichkeiten für mindestens zwei Jahre zu suchen. Die kürzlichen Entscheidungen der Finanzminister über die Mobilisierung des Goldes²⁰ seien ein Schritt in die richtige Richtung, sie stelle jedoch nur eine vorübergehende Hilfe für Länder wie Italien dar. Auf die Dauer müßten Wege gefunden werden, die langfristig auf die Zahlungsbilanzdefizite einen Einfluß hätten. Die britische Labour-Regierung sei 1964 mit dem höchsten bis dahin bekannten Defizit von 1,4 Mrd. Pfund angetreten, sie habe dies in einen Überschuß von 600 Mio. Pfund umgeändert. Dieses Jahr drohe ein Defizit von 4 Mrd. Pfund. Zwar habe das nicht durch die Ölpreissteigerung induzierte Defizit in der letzten Zeit gesenkt werden können, und diese Tendenz werde sich fortsetzen, falls die Rohstoffpreise weiterhin fielen. Aber das durch die Ölpreissteigerung hervorgerufene Defizit bliebe. Die britische Regierung werde weder protektionistische Maßnahmen ergreifen, noch eine Deflationspolitik führen²¹. In der britischen Industrie herrsche – trotz Mißtrauens in Bankkreisen – Vertrauen in die Exportfähigkeit des Landes. Die Exportaussichten im nächsten

Fortsetzung Fußnote von Seite 782

1974 beendet und am selben Tag die Rückkehr zur Fünf-Tage-Woche bekanntgegeben. Vgl. dazu den Artikel „Face workers get £ 45 minimum“; THE TIMES vom 9. März 1974, S. 1.

¹⁷ Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Poensgen durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

¹⁸ Zur Rückführung der Devisenüberschüsse der erdölproduzierenden Staaten („recycling“) vgl. Dok. 177, Anm. 27.

¹⁹ Gordon Richardson.

²⁰ Zur Vereinbarung der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Notenbankpräsidenten der Zehnergruppe vom 11. Juni 1974 vgl. Dok. 160, Anm. 7.

²¹ Der Passus „weder protektionistische ... Deflationspolitik führen“ wurde von Ministerialdirektor Hermes hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ob das geht?“

Jahr seien gut, die Importe würden demgegenüber weiterhin sinken. Der Schatzkanzler bereite für den Herbst neue Maßnahmen vor, deren Einzelheiten allerdings bisher noch nicht feststünden. Er, Wilson, sei jedenfalls hinsichtlich der britischen Wirtschaft optimistischer als die Kommentatoren.

Bundeskanzler wies auf die guten Leistungen der inoffiziellen Kontakte anlässlich der Währungsschwierigkeiten der letzten Jahre zwischen dem amerikanischen, britischen, französischen, deutschen und gelegentlich japanischen Finanzminister hin. Sie hätten sich öfter getroffen, als je bekannt geworden sei. Diese Übung sei etwa zum Zeitpunkt der Rückkehr Labours zur Regierung²² unterbrochen²³ worden. Sie sollte sobald wie möglich wieder aufgenommen werden. Die Finanzminister der vier erstgenannten Staaten sollten sich mindestens alle Vierteljahre treffen. In Frankreich habe die Teilnahme Giscard an diesen Treffen auch auf seine außenpolitische Grundeinstellung zu Amerika abgefärbt. Als erste Aufgabe könnte die Gruppe der Finanzminister, die sich übrigens ursprünglich die „Library Group“²⁴ nannte, die Entwicklung auf dem Euro-Markt überprüfen.

Wilson erklärte sich hiermit einverstanden. Er schlug vor, daß BM Apel und Schatzkanzler Healey sich möglichst bald treffen sollten.

Auf die Frage von *Wilson*, was zum „recycling“ der arabischen Öleinnahmen von der Bundesregierung geplant sei, antwortete der *Bundeskanzler*, daß er zunächst die Schaffung der Ölfazilität im Internationalen Währungsfonds²⁵ als den richtigen Weg betrachte. Die Bildung eines Sonderfonds der Vereinten Nationen halte er demgegenüber nicht für eine gute Lösung. Im übrigen könnten die Verbraucherländer noch immer eine energische Aktion unternehmen, um eine Senkung der Rohstoffpreise herbeizuführen.

Wilson pflichtete in beiden Punkten bei. Saudi-Arabien sehe bereits ein, daß Preiserhöhungen auch zu einer Verdrängung der Erdölproduzenten aus dem

²² Zu den Wahlen zum britischen Unterhaus am 28. Februar 1974 und zur Regierungsbildung am 4. März 1974 vgl. Dok. 65, Anm. 3.

²³ Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Poensgen hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

²⁴ Zur Entstehung der „Library Group“ vermerkte Helmut Schmidt im Rückblick, vor dem Hintergrund der Währungskrise 1972/73 habe sich „eine fast hektische internationale Aktivität“ entfaltet: „Die USA weigerten sich beharrlich, durch Gold- oder Devisenverkäufe den Dollar zu verknappen und dadurch seinen Wechselkurs zu stützen. Es gab einen engen Kontakt zwischen dem französischen Finanzminister Valéry Giscard d'Estaing und mir, ebenso mit Shultz und seinem hochbegabten Vertreter Paul Volcker. Schließlich gründeten wir einen privaten Klub, der schnell große Effizienz bewies: die sogenannte Library Group. Sie bestand aus Shultz, Giscard, dem britischen Finanzminister Anthony Barber, dem japanischen Kollegen Takeo Fukuda und mir. Lange Zeit blieb sie der Öffentlichkeit – aber auch den Gremien des Weltwährungsfonds – verborgen; ihren nur uns bekannten Namen hatte sie von dem Ort, an dem zufällig das erste Treffen arrangiert worden war, nämlich der Bibliothek des Weißen Hauses.“ Vgl. SCHMIDT, Menschen, S. 193.

²⁵ Auf der Tagung des Ausschusses für die Reform des internationalen Währungssystems und verwandte Fragen (Zwanziger-Ausschuß) am 17./18. Januar 1974 in Rom schlug der Direktor des IWF, Witteveen, vor, zur Finanzierung der durch die Ölpreise verursachten Zahlungsbilanzungleichgewichte eine Kreditfazilität im IWF zu schaffen, die von den Erzeugerländern sowie aus den Devisenüberschüssen anderer Industrieländer gespeist werden sollte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums der Finanzen vom 23. Januar 1974; Referat 412, Bd. 105683. Am 12./13. Juni 1974 verabschiedete der Gouverneursrat des Zwanziger-Ausschusses in Washington den Abschlußbericht über die Reform des Internationalen Währungssystems. Darin war die sofortige Einrichtung einer Fondsfazilität empfohlen mit dem Ziel, „die anfänglichen Auswirkungen des Anstiegs der Öleinfuhrkosten abzufangen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 411.

Markt führen können. Die britische Regierung habe soeben ein neues Kohleinvestitionsprogramm verabschiedet²⁶; bis 1980 würde Großbritannien, insbesondere dank des Nordseeöls²⁷, Selbstversorger sein. Täglich würden neue Funde gemacht.

Bundeskanzler wies zur Energiepolitik darauf hin, daß die Verbraucherländer ihren gemeinsamen Willen gegenüber den Produzentenländern noch nicht klar genug artikuliert hätten. Eine Beteiligung Frankreichs am „Follow-up“ der Washingtoner Konferenz²⁸ in der OECD sei nicht mehr auszuschließen. Zunächst sei es unerlässlich, daß die Neun in der EG gemeinsame Prinzipien und gemeinsame Ziele für die Energiepolitik festlegten. Im Herbst des vergangenen Jahres hätten sich die damalige britische und die französische Regierung nicht an einer gemeinschaftlichen Energiepolitik beteiligen wollen.²⁹ Heute könne diese Haltung durch die neuen Regierungen überprüft werden.

Wilson äußerte seinen Zweifel an der Nützlichkeit einer gemeinsamen Energiepolitik, da die EG eine zu schmale Basis habe. Die OECD sei passender, da ohnehin Amerika und Japan beteiligt werden müßten. Gemeinsam sollten die Verbraucherstaaten eine Konsumentenkooperative bilden.

Der *Bundeskanzler* entgegnete, daß die Neun auf Grund einer vorher in der EG vereinbarten Politik in der OECD mit den übrigen Verbraucherstaaten ein Rahmenprogramm für die Zusammenarbeit zwischen Konsumenten und Produzenten im Energiebereich vorschlagen könnten. Ein derartiges Rahmenprogramm könne auch Vorbild für die Regelung bei anderen Rohstoffen sein.

Wilson wies auf die Gefahr hin, daß die Hersteller anderer Rohstoffe sich ebenfalls zusammenschließen würden. Dagegen sei ein „Konsumentenkartell“³⁰ unerlässlich. Die Produzenten wünschten unter anderem auch eine Beziehung

²⁶ Der britische Energieminister Varley stellte am 18. Juni 1974 im britischen Unterhaus den Zwischenbericht der aus Vertretern des Energieministeriums, des National Coal Board (NCB) und der Gewerkschaften gebildeten Untersuchungskommission über die Zukunft der britischen Kohleindustrie vor. Varley führte aus, daß vor dem Hintergrund der Ölpreiserhöhungen die Nachfrage nach einheimischer Kohle bis Mitte der achtziger Jahre 150 Mio. t erreichen könnte. Zwar liege eine Produktion dieses Umfangs weit über den gegenwärtigen Möglichkeiten. Gleichwohl sei eine beträchtliche Erhöhung der Kohleproduktion innerhalb der bestehenden Kapazitäten möglich: „The examination has recommended, and the Government have accepted, the adoption of the NCB's Plan for Coal. This proposes new capital investment of some £ 600 million over the period to 1985 in order to provide 42 million tons of new capacity to replace that lost by depletion.“ Vgl. HANSARD, Commons, Bd. 875, Sp. 226.

²⁷ Am 21. Mai 1974 gab der britische Energieminister Varley neue Schätzungen über die Erdölproduktion aus der Nordsee bekannt. Danach waren eine Fördermenge in Höhe von 115 Mio. t bis 1980/81 aus bereits bestehenden Ölfeldern und unter Berücksichtigung noch zu erwartender Funde im Jahrzehnt bis 1990 in Höhe von 150 Mio. t vorhergesagt. Die Ölreserven aus bestehenden und künftigen Funden wurden auf 2,95 Mrd. t geschätzt. Varley stellte in Aussicht, daß Großbritannien bis zum Jahr 1980 den Status eines Selbstversorgers in der Ölproduktion erreicht haben werde. Vgl. dazu den Artikel „Oil self-sufficiency by 1980 forecast as new find is announced“, THE TIMES vom 22. Mai 1974, S. 1.

²⁸ Zur Energiekonferenz vom 11. bis 13. Februar 1974 in Washington sowie zur Einsetzung der Energie-Koordinierungsgruppe vgl. Dok. 49, besonders Anm. 2.

Zum Stand der Arbeiten der Energie-Koordinierungsgruppe vgl. Dok. 167, Anm. 10.

²⁹ Auf der EG-Ministerratstagung am 6. November 1973 in Brüssel waren Frankreich und Großbritannien nicht bereit, einer Erklärung der Europäischen Gemeinschaften zur Erdölpolitik und Vorschlägen der EG-Kommission für ein System zur Krisenbewältigung zuzustimmen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 360.

³⁰ Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

zwischen den Preisen der Rohstoffe und den Preisen für Industriegüter herzustellen. Harold Lever habe gewisse Überlegungen für eine Indexierung angestellt. Hierüber müsse weiter gesprochen werden.

Wilson faßte abschließend seinen Eindruck zur EG-Problematik dahingehend zusammen, daß die negative Einschätzung der Gemeinschaft inzwischen in Großbritannien zurückgegangen sei. Die Gemeinschaft genieße heute ein besseres Bild, was nicht zuletzt durch die angenehme Atmosphäre bei der Behandlung der britischen Wünsche hervorgebracht worden sei.

Bundeskanzler wies darauf hin, daß die mittel- und langfristigen Interessen Großbritanniens in jedem Fall seine Zugehörigkeit zum Gemeinsamen Markt verlangten. Der Bundeskanzler wies bezüglich der KSZE darauf hin, daß Nixon aus der Begegnung mit Breschnew positive Ergebnisse mitbringen wolle.³¹ Er zweifle deshalb daran, ob die bisher in den Verhandlungen in Genf von den Neun und den NATO-Staaten verteidigten Punkte aufrechterhalten werden könnten. Ohnehin sei Nixon bereit, die Gipfelkonferenz zum Abschluß der KSZE zuzugestehen. Auch er neige hierzu. Angesichts der Grundposition des Westens bei MBFR sei die Tendenz Hollands, einseitige Reduzierungen in ihren Streitkräften vorzunehmen³², außerordentlich gefährlich. Gemeinsam sollten beide Regierungen sich gegen diese Tendenz wenden.

Wilson wies darauf hin, daß Großbritannien in der KSZE die gleiche Linie wie die Bundesrepublik verfolge. Es sei nicht zu bezweifeln, daß Nixon aus Moskau einen Erfolg mitbringen wolle, der nicht Kissingers Werk allein sei. Er, Wilson, werde die Sowjetunion ebenfalls bald besuchen.³³ Es sei im übrigen deutlich, daß auch die Sowjetunion die Auswirkungen der Ölpreiserhöhungen mit Sorge betrachte. Einseitige Reduktionen der holländischen Streitkräfte halte er ebenfalls für gefährlich; der Westen müsse sich solche Reduktionen durch entsprechende Schritte des Ostens bezahlen lassen. Die britische Regierung werde demnächst eine Überprüfung der Verteidigung durchführen³⁴, an deren Ende die britische Verteidigung jedoch ebenso NATO-orientiert bliebe, wie dies in der Vergangenheit für die Labour-Partei immer selbstverständlich gewesen sei.

Bundeskanzler schlug für die Zukunft vor, daß Wilson und er sich je nach Bedarfsfall anriefen. Zur Unterrichtung der übrigen Partner regte er an, daß zunächst die hiesige französische Botschaft, anschließend die Botschaften der übrigen EG-Staaten unterrichtet werden sollten.

Wilson stimmte zu. Er erinnerte daran, daß er den Bundeskanzler zu einem Besuch nach London eingeladen habe, dessen Termin je nach dessen zeitlichen Dispositionen festzulegen sei.³⁵

VS-Bd. 8851 (410)

³¹ Präsident Nixon hielt sich vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 197, Dok. 199 und Dok. 200.

³² Zur niederländischen Verteidigungsreform vgl. Dok. 175, Anm. 12 und 13.

³³ Premierminister Wilson hielt sich vom 13. bis 17. Februar 1975 in der UdSSR auf.

³⁴ Zur geplanten Überprüfung der britischen Verteidigungslasten vgl. Dok. 175, Anm. 15.

³⁵ Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in Großbritannien am 30. November und 1. Dezember 1974 vgl. Dok. 346.

182

**Ministerialdirektor van Well, z. Z. Ottawa,
an das Auswärtige Amt**

114-12563/74 geheim
Fernschreiben Nr. 296
Citissime

Aufgabe: 19. Juni 1974, 09.30 Uhr
Ankunft: 19. Juni 1974, 17.07 Uhr

Betr.: Deutschlandessen der vier Außenminister¹ am 18. Juni 1974

Delegationsbericht Nr. 2

Das traditionelle Abendessen der vier Außenminister mit einer Diskussion der aktuellen deutschland- und berlinpolitischen Fragen fand diesmal nicht wie sonst üblich am Vorabend, sondern am ersten Tage der NATO-Ministerkonferenz² statt, weil Premierminister Trudeau das 25jährige Bestehen des Bündnisses zu Beginn der Tagung mit einem intimen Essen für die Außenminister markieren wollte. Die Aussprache der Minister wurde der Schwierigkeit der Materie wegen durch eine Sitzung auf Direktorenebene vorbereitet.

Gastgeber war der französische Außenminister. Die Diskussion, die sachlich außergewöhnlich stark in die Tiefe ging, erstreckte sich auf drei Themen:

- I. Konsultationen der Bundesregierung mit den Drei Mächten in Berlin-Fragen
- II. Bundespräsenz in Berlin (Umweltbundesamt)
- III. Deutschlandpolitische Aspekte der KSZE.

I. Konsultationen der Bundesregierung mit den Drei Mächten in Berlin-Fragen

In der Bonner Vierergruppe wurde auf amerikanische Anregung hin seit März d. J. über ein Konsultationspapier³ beraten und kürzlich von ihr als Gentlemen's Agreement der vier Regierungen verabschiedet. Die Außenminister haben in Ottawa davon zustimmend Kenntnis genommen.

Das Konsultationspapier bestimmt ständige Konsultationen über Berlin-Angelegenheiten nach den Prinzipien frühzeitiger Unterrichtung der Vierergruppe über alle Berlin betreffenden Vorhaben, besonders von Aktivitäten des Bundes in Berlin, sowie zügiger und vertraulicher Konsultationen hierüber. Das Konsultationspapier sieht in seinem letzten Satz ein von deutscher Seite verfaßtes Erläuterungspapier vor, das anderen deutschen Stellen, insbesondere auch den parlamentarischen Gremien, konsultationsbedürftige Aktivitäten des Bundes in Berlin im einzelnen angeben soll.

II. Bundespräsenz in Berlin (Umweltbundesamt)

1) Bundesaußenminister berichtete, Bundesregierung habe kürzlich beschlossen, die zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfes noch vor der Sommerpause vorzunehmen. Nach neuesten Informationen solle dies bereits in den

¹ James Callaghan (Großbritannien), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Henry Kissinger (USA) und Jean Sauvagnargues (Frankreich).

² Zur NATO-Ministerratstagung am 18./19. Juni 1974 in Ottawa vgl. Dok. 183.

³ Zum Konsultationspapier der Bonner Vierergruppe vom 21. Mai 1974 vgl. Dok. 163, Anm. 21.

nächsten Tagen geschehen⁴, damit die Behandlung im Bundestag nicht mit der Reise des amerikanischen Präsidenten und Außenministers nach Moskau⁵ zusammenfalle. Wir hätten uns bei der Entscheidung auch von der Überlegung leiten lassen, daß ein Hinauszögern der zweiten und dritten Lesung in Moskau falsche Hoffnungen hervorrufen könne.

2) Es bestand Einvernehmen darüber, daß weder die Drei Mächte noch die Bundesregierung ihre positive Haltung zur Errichtung des Umweltbundesamtes in Berlin ändern könnten. Es müsse verhindert werden, daß die DDR ihre Drohungen wahr mache und die Hand auf den Transitverkehr lege.⁶ Die vier Minister stimmten auch darin überein, daß man gegenwärtig nicht voraussagen könne, ob es wirklich zu den Transitverkehr störenden Maßnahmen kommen werde oder ob sich die östliche Seite mit verbalem Protest begnüge. Bundesminister erklärte, daß auch mit anderen Maßnahmen der Sowjets gegen Berlin (Einbeziehung in Verträge, Beteiligung an Ausstellungen etc.) gerechnet werden müsse. Es zeichne sich seit einiger Zeit die Tendenz ab, daß die Sowjets auch in Berlin bereits etablierte Bundesstellen aus der Zusammenarbeit ausklammern wollten, was mit dem Vier-Mächte-Abkommen sicherlich nicht zu vereinbaren sei (Beispiel: technisch-wissenschaftliches Abkommen, Probleme bei Ausstellung in Moskau wegen Berliner Teilnahme⁷). Die Sowjets bemühten sich, Berlin – trotz formeller Einbeziehungen – soweit wie möglich zu verselbständigen. In ihrem Protest gegen die Errichtung des Umweltbundesamtes in Berlin⁸ liege im Grunde ein Protest gegen alle in Berlin bereits tätigen Bundesstellen. Damit werde die Lebensfähigkeit der Stadt angegriffen. Die Außenminister der Drei Mächte stimmten dieser Feststellung zu.

3) Die Minister einigten sich, daß Kissinger die Frage des Umweltbundesamtes in der nächsten Woche in Moskau nicht von sich aus anschneiden solle. Falls die Sowjets ihn jedoch darauf ansprächen, solle er in demselben Sinne reagieren, wie er es bereits im März⁹ getan habe:

„a) Deutscherseits ist nicht daran gedacht, weitere Bundesstellen ohne vorherige politische Konsultationen mit den Westmächten in Berlin einzurichten;

⁴ Zur Verabschiedung des Gesetzes über die Errichtung eines Umweltbundesamts durch den Bundestag am 19. Juni 1974 vgl. Dok. 171, Anm. 20.

⁵ Präsident Nixon und der amerikanische Außenminister Kissinger hielten sich vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 195 und Dok. 197–200.

⁶ Vgl. dazu die Äußerungen des Stellvertretenden Außenministers der DDR, Nier, am 22. bzw. 31. Januar 1974 gegenüber Staatssekretär Gaus, Bundeskanzleramt, in Ost-Berlin; Dok. 18 und Dok. 34.

⁷ Vom 28. Mai bis 10. Juni 1974 fand in Moskau die Ausstellung „Gesundheitswesen“ statt. Dabei verweigerte die Messeleitung zunächst die Freigabe des Ausstellungskatalogs, da die teilnehmenden Firmen aus Berlin (West) unter der Rubrik „Bundesrepublik Deutschland“ aufgeführt wurden. Ferner veranlaßte die Messeleitung am Eröffnungstag, daß vor dem Ausstellungsgebäude außer den Flaggen der teilnehmenden Staaten auch die Flagge des Landes Berlin aufgezogen wurde. Dazu vermerkte Gesandter Balser, Moskau, am 29. Mai 1974: „Es mag sein, daß uns die Sowjets durch Härte in der Berlinfrage auch zu verstehen geben wollen, daß Hoffnungen bei uns auf eine flexible sowjetische Haltung in Sachen Bundesamt für Umweltschutz aus Rücksicht auf die neue Bundesregierung fehl am Platze wären.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 2218; Referat 210, Bd. 111622.

⁸ Die UdSSR protestierte mit Noten vom 29. Oktober 1973 bzw. 21. Februar 1974 bei den Drei Mächten gegen die Errichtung eines Umweltbundesamts in Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 18, Anm. 6, bzw. Dok. 55, Anm. 2.

⁹ Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Kissinger vom 24. bis 28. März 1974 in der UdSSR vgl. Dok. 104, Anm. 35.

b) wenn die drei Westmächte in einem Einzelfall erklären, rechtlich sei die Einrichtung zwar möglich, politisch sei sie aber nicht ratsam, dann wird die Bundesregierung von der Einrichtung absehen;

c) das Umweltbundesamt ist nicht der erste Schritt einer bewußten politischen Aktion der Bundesregierung, die Bundespräsenz in Berlin übermäßig auszu-dehnen.“

Falls die Sowjets insistieren, wird Kissinger erklären, die Drei Mächte seien bereit, in dem von ihm dargelegten Sinne formell in einer Note der Sowjetunion gegenüber Stellung zu nehmen.

III. Deutschlandpolitische Aspekte der KSZE

1) Die Minister diskutierten aufgrund einer zu diesem Thema in der Bonner Vierergruppe erarbeiteten Analyse.¹⁰ Bundesminister stellte fest, die Tatsache, daß die Frage der friedlichen Grenzänderung ein zentraler Streitpunkt mit den Sowjets sei, beweise, daß die Sowjetunion friedliche Grenzänderungen, wie wir sie verständen, im Grunde ablehne. Wir sähen das nicht nur als deutsches Problem, sondern auch im Hinblick auf die Entwicklung der europäischen Gemeinschaft. Ein Hinweis auf das „internationale Recht“ im „peaceful change“ sei gefährlich. Wir müßten in Rechnung stellen, daß die Sowjets im Rahmen ihrer bekannten Rechtskonstruktionen eines Tages die Prinzipienklärung zu partiellem Völkerrecht für Europa deklarieren würden. Die friedliche Grenzänderung erfolge, wenn beide Anlieger einig seien, aufgrund eines selbständigen Prinzips. Ein solches Vorgehen habe mit Grenzverletzung überhaupt nichts zu tun. Wir müßten diesen Punkt in Genf ganz klar herausstellen.

Kissinger betonte mehrfach, es sei eine sehr ernste Sache, wenn man in Genf einen bereits registrierten Text¹¹ wieder zur Diskussion stellen wolle und damit die gesamte Maschinerie erneut vom Anbeginn in Gang setzen.

Bundesminister wies auf die von der deutschen Delegation bei der Registrierung des „peaceful change“ gemachten Vorbehalte¹² hin. Kissinger warf ein, das habe niemand unterstützt. Bundesminister wies mit großem Ernst darauf hin, daß keine deutsche Regierung etwas unterzeichnen könne – selbst wenn sie es wollte –, wenn die Frage des „peaceful change“ nicht klar geregelt sei.

Moskau kenne aus den vergangenen Verhandlungen (Moskauer Vertrag, Grundvertrag) genau unser Problem. Jetzt machen die Sowjets in Genf einen dritten Anlauf. Man müsse sich fragen, was dahinter stecke, und könne nur warnen.

2) Die Minister stimmten schließlich darin überein, daß die friedliche Veränderbarkeit der Grenzen in den Prinzipien der Deklaration ihren Niederschlag finden müsse. Die Minister der Drei Mächte unterstützten den vom Bundesminister vorgetragenen Standpunkt, daß dies für uns unabdingbar sei.

Nach Ansicht der vier Minister sollte der registrierte Text über den „peaceful change“ im Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen untergebracht werden. Falls die Sowjetunion dies nicht akzeptieren will, sollte sie einen anderen an-

¹⁰ Zu den Studien der Bonner Vierergruppe über die deutschland- und berlinpolitischen Aspekte der KSZE vgl. Dok. 171, Anm. 15.

¹¹ Zum Dokument CSCE/II/A/126 vgl. Dok. 102, Anm. 7.

¹² Für den Vorbehalt der Bundesregierung vom 5. April 1974 vgl. Dok. 140, Anm. 4.

gemessenen Vorschlag machen. Falls sie eine Einfügung in das Souveränitätsprinzip oder ein anderes Prinzip wünscht, müßte für den „peaceful change“ eine positive Formulierung gefunden werden.

Nach Ansicht der vier Minister muß eine Regelung über den „peaceful change“, vor Beginn der zweiten Lesung der Prinzipiendeklaration erreicht sein.

In der Dispositionsklausel (Ziffer 10 des französischen Entwurfes¹³) soll eine Formulierung erscheinen, wonach weder die Rechte der Teilnehmerstaaten noch die von ihnen bisher einseitig oder mehrseitig abgeschlossenen oder sie betreffenden Verträge, Übereinkommen und Abmachungen berührt werden.

[gez.] van Well

VS-Bd. 10110 (210)

183

Botschafter von Keller, Ottawa, an das Auswärtige Amt

114-12569/74 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 300

Citissime nachts

Aufgabe: 19. Juni 1974, 23.10 Uhr

Ankunft: 20. Juni 1974, 07.34 Uhr

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz in Ottawa am 18./19. Juni 1974;
hier: Sitzungsbericht

I. Zusammenfassung

1) Die Sitzung stand im Zeichen des 25jährigen Bestehens der Allianz. Die Minister billigten und veröffentlichten die Erklärung über die Atlantischen Beziehungen¹, mit der die Mitgliedstaaten ihre Schicksalsgemeinschaft bekräftigen und die Ziele und den künftigen Kurs des Bündnisses in einer dynamischen Zeit bestimmen.

Die Erklärung wird in einer Sondersitzung des NATO-Rats auf Gipfelebene am 26. Juni 1974 in Brüssel unterzeichnet.²

¹³ Ziffer 10 des französischen Entwurfs vom 19. Oktober 1973 einer Erklärung über die Prinzipien der Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten der KSZE: „Die Teilnehmerstaaten anerkennen, daß die Verpflichtungen, die sie gegenseitig gemäß dem Völkerrecht übernommen haben, verbindlich sind und guten Glaubens ausgeführt werden müssen. Sie stellen fest, daß die vorliegende Erklärung bilaterale und multilaterale Abkommen, die früher von den Teilnehmerstaaten unterzeichnet worden sind, nicht beeinträchtigen kann. Sie stellen gleichfalls fest, daß nichts in der vorliegenden Erklärung im Widerspruch zu einer Bestimmung der Charta der Vereinten Nationen ausgelegt werden kann. Die Teilnehmerstaaten bestätigen, daß bei einem Konflikt zwischen den von ihnen unterzeichneten Verbindlichkeiten kraft internationalen Abkommen und ihren Verpflichtungen gemäß der Charta der Vereinten Nationen die letzteren nach Art. 103 der Charta der Vereinten Nationen Vorrang haben, sofern sie dieser Organisation angehören.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 3.

¹ Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE, S. 318–321. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 339–341.

² Zur Sitzung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vgl. Dok. 191.

2) Ost-West-Beziehungen: Die Verbündeten bestätigten ihre bisherige, auf Verminderung von Spannungen und vermehrte Zusammenarbeit gerichtete Politik. Bei der ausgiebigen Behandlung der KSZE überwog die Skepsis über den augenblicklichen Stand. Die Minister stellten fest, daß die Arbeit der KSZE ungleichmäßig vorangeht. In für uns wichtigen Fragen (menschliche Kontakte und freier Informationsaustausch, vertrauensbildende Maßnahmen, wesentliche Aspekte der Grundsätze zwischenstaatlicher Beziehungen) bleibt noch viel zu tun. Die Verbündeten sind entschlossen, die Verhandlungen geduldig und konstruktiv mit dem Ziel ausgewogener und substantieller Ergebnisse fortzusetzen.³

3) MBFR: Die Minister nahmen ohne Diskussion den Verhandlungsstand in Wien zur Kenntnis und bestätigten die westlichen Verhandlungsziele.

4) Die Minister erörterten die Entwicklung im Nahen Osten und begrüßten die erreichten Fortschritte, insbesondere das Auseinanderrücken syrischer und israelischer Streitkräfte.⁴

5) In einem „private meeting“, an dem außer den Ministern nur die NATO-Botschafter und die Politischen Direktoren teilnahmen, berichtete Außenminister Kissinger über den Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im Lichte des bevorstehenden Besuchs von Präsident Nixon in Moskau.⁵

6) Die neue Form der Konferenz (Wegfall der „Globalreden“, Übergang zu einer Tagungsordnungs-Diskussion) hat zu einer Belebung geführt.

II. Im einzelnen: Atlantische Erklärung

1) Die Diskussion über die Atlantische Erklärung wurde in großer Harmonie geführt. Die USA und Frankreich schlugen von vornherein einen versöhnlichen Ton an. Alle Verbündeten unterstrichen die Bedeutung der Erklärung. Die Außenminister gaben gemeinsam vor der Presse im Namen ihrer Regierungen die Zustimmung zu der Erklärung ab.

2) Die für uns wichtigsten Ziffern der Erklärung sind folgende:

³ In Ziffer 7 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 18./19. Juni 1974 in Ottawa wurde ausgeführt: „Ministers reviewed developments in the Conference on Security and Co-operation in Europe. They reaffirmed the importance they attach to increasing security and confidence, to developing further co-operation between the participating states in all spheres and to lowering barriers between people. They noted that in the second stage of the Conference, which should make a thorough examination of all aspects of the Conference Agenda, the work has advanced unevenly. Some progress had been made on certain issues, but much work remains to be done, as for example on such key questions as the improvement of human contacts and the freer flow of information, as well as confidence building measures and essential aspects of the principles guiding relations between states. Ministers expressed their Governments' determination to pursue the negotiations patiently and constructively in a continuing search for balanced and substantial results acceptable to all participating states. They considered that, to bring the second stage to its conclusion, these results need to be achieved in the various fields of the programme of work established by the Foreign Ministers at the first stage of the Conference in Helsinki.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE, S. 316. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 338.

⁴ Zur israelisch-syrischen Vereinbarung vom 31. Mai 1974 über Truppenentflechtung vgl. Dok. 171, Anm. 23.

⁵ Zum Bericht des amerikanischen Außenministers Kissinger vgl. Dok. 187. Präsident Nixon hielt sich vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 197, Dok. 199 und Dok. 200.

- Ziffer 3 unterstreicht die Unteilbarkeit der gemeinsamen Sicherheit der Verbündeten.⁶
- Ziffern 4 und 5 bringen zum Ausdruck, daß es für Westeuropa in seiner spezifischen Sicherheitslage keine Alternative zum Kernwaffenschutz der USA und zur nordamerikanischen Truppenpräsenz in Europa gibt.⁷
- Daher verpflichten sich in Ziffern 6 und 7 die Europäer, ihre Verteidigungsanstrengungen aufrechtzuerhalten, und erklären die USA ihre Entschlossenheit, ihre Streitkräfte in Europa auf dem Stand zu halten, der die Glaubhaftigkeit der Abschreckungsstrategie erhält und im Fall des Versagens der Abschreckung die Fähigkeit zur Verteidigung des nordatlantischen Gebiets bewahrt.⁸
- Ziffer 9 enthält die „positive“ Europa-Passage: Der weitere Fortschritt auf dem Wege zur Einheit, zu dem die Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaft entschlossen sind, wird zu gegebener Zeit die Allianz stärken.⁹

⁶ Ziffer 3 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen vom 19. Juni 1974: „The members of the Alliance reaffirm that their common defence is one and indivisible. An attack on one or more of them in the area of application of the Treaty shall be considered an attack against them all. The common aim is to prevent any attempt by a foreign power to threaten the independence or integrity of a member of the Alliance. Such an attempt would not only put in jeopardy the security of all members of the Alliance but also threaten the foundations of world peace.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE, S. 318. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 339.

⁷ Ziffern 4 und 5 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen vom 19. Juni 1974: „4) At the same time they realize that the circumstances affecting their common defence have profoundly changed in the last ten years: The strategic relationship between the United States and the Soviet Union has reached a point of near equilibrium. Consequently, although all the countries of the Alliance remain vulnerable to attack, the nature of the danger to which they are exposed has changed. The Alliance's problems in the defence of Europe have thus assumed a different and more distinct character. 5) However, the essential elements in the situation which gave rise to the Treaty have not changed. While the commitment of all the Allies to the common defence reduces the risk of external aggression, the contribution to the security of the entire Alliance provided by the nuclear forces of the United States based in the United States as well as in Europe and by the presence of North American forces in Europe remains indispensable.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE, S. 318 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 340.

⁸ Ziffern 6 und 7 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen vom 19. Juni 1974: „6) [...] The European members who provide three-quarters of the conventional strength of the Alliance in Europe, and two of whom possess nuclear forces capable of playing a deterrent role of their own contributing to the overall strengthening of the deterrence of the Alliance, undertake to make the necessary contribution to maintain the common defence at a level capable of deterring and if necessary repelling all actions directed against the independence and territorial integrity of the members of the Alliance. 7) The United States, for its part, reaffirms its determination not to accept any situation which would expose its Allies to external political or military pressure likely to deprive them of their freedom, and states its resolve, together with its Allies, to maintain forces in Europe at the level required to sustain the credibility of the strategy of deterrence and to maintain the capacity to defend the North Atlantic area should deterrence fail.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE, S. 319. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 340.

⁹ Ziffer 9 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen vom 19. Juni 1974: „All members of the Alliance agree that the continued presence of Canadian and substantial US forces in Europe plays an irreplaceable role in the defence of North America as well as of Europe. Similarly the substantial forces of the European Allies serve to defend Europe and North America as well. It is also recognized that the further progress towards unity, which the member states of the European Community are determined to make, should in due course have a beneficial effect on the contribution to the common defence of the Alliance of those of them who belong to it. Moreover, the contributions made by members of the Alliance to the preservation of international security and world peace are recognized to be of great importance.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE, S. 319 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 340.

- Ziffer 10 enthält eine korrespondierende „negative“ Europa-Passage: Die laufenden oder künftigen Ost-West-Verhandlungen, insbesondere KSZE, MBFR und SALT, dürfen nicht zu Regelungen führen, die die europäische Sicherheit verringern.¹⁰
- Ziffer 11 enthält die Verpflichtung der Verbündeten zu umfassender Unterrichtung und freimütiger und rechtzeitiger Konsultation mit allen geeigneten Mitteln über Angelegenheiten gemeinsamen Interesses. Dabei werden die Verbündeten berücksichtigen, daß Ereignisse in anderen Gebieten der Welt ihre Interessen berühren können.¹¹

Die zwischen Frankreich und den USA über Ziffer 11 bestehenden Meinungsverschiedenheiten¹² lösten sich erst auf der Konferenz. Kissinger und Sauvagnargues interpretierten die Erklärung übereinstimmend dahin, daß sie keinen rechtsverbindlichen Charakter habe, sondern eine Absichtserklärung entsprechend dem Bündnisgeist darstelle.

III. Ost-West-Beziehungen

KSZE

Der französische Außenminister stellte fest, das bisherige Ergebnis, insbesondere im Verhältnis von Korb I zu Korb III, sei unausgewogen. Die Neun hätten in Bonn ihre Enttäuschung darüber in gemäßigter Form ausgedrückt.¹³ Es verstehe sich, daß wir keine aggressive Haltung gegenüber der SU einnehmen könnten. Die 15 müßten aber auch vermeiden, von der Haltung der Neun zu stark abzuweichen.

Der Bundesminister schloß sich diesen Ausführungen an und fügte hinzu, wir müßten der Öffentlichkeit eine realistische Darstellung des Standes der Verhandlungen geben. Die SU suche den Eindruck zu erwecken, alle Probleme seien gelöst und man brauche nur noch zu einem Gipfel zusammenzukommen.

¹⁰ Ziffer 10 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen vom 19. Juni 1974: „The members of the Alliance consider that the will to combine their efforts to ensure their common defence obliges them to maintain and improve the efficiency of their forces and that each should undertake, according to the role that it has assumed in the structure of the Alliance, its proper share of the burden of maintaining the security of all. Conversely, they take the view that in the course of current or future negotiations nothing must be accepted which could diminish this security.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE, S. 320. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 341.

¹¹ Ziffer 11 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen vom 19. Juni 1974: „The Allies are convinced that the fulfilment of their common aims requires the maintenance of close consultation, co-operation and mutual trust, thus fostering the conditions necessary for defence and favourable for détente, which are complementary. In the spirit of the friendship, equality and solidarity which characterize their relationships, they are firmly resolved to keep each other fully informed and to strengthen the practice of frank and timely consultations by all means which may be appropriate on matters relating to their common interests as members of the Alliance, bearing in mind that these interests can be affected by events in other areas of the world. They wish also to ensure that their essential security relationship is supported by harmonious political and economic relations. In particular they will work to remove sources of conflict between their economic policies and to encourage economic cooperation with one another.“ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE, S. 320. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 341.

¹² Zur unterschiedlichen Auffassung von Frankreich und den USA hinsichtlich der Formulierung von Ziffer 11 einer Atlantischen Erklärung vgl. Dok. 169, Anm. 11.

¹³ Vgl. dazu die Pressekonferenz des Bundesministers Genscher vom 11. Juni 1974; Dok. 171, Anm. 13.

Für uns seien folgende Punkte wesentlich:

- a) In der Prinzipienerklärung müsse die friedliche Grenzänderung ihren Platz haben;
- b) die vertrauensbildenden Maßnahmen müßten befriedigend gelöst werden;
- c) wir seien es unserer Bevölkerung schuldig, im Korb III Fortschritte zu machen und Verbesserungen für den einzelnen Menschen zu erzielen.

Wir wollten eine Konfrontation mit der SU vermeiden. Die Bundesregierung sei an einem Erfolg ernsthaft interessiert. Wir wollten nicht verzögern, wir sollten auch die Konferenz nicht unterbrechen, sondern zügig durchverhandeln. Qualität gehe aber vor Zeit.

Die gegenwärtige Ebene sei die richtige. Eine höhere Ebene (stellvertretende Außenminister oder Außenminister) brächte uns unter Erfolgszwang.

Außenminister Kissinger wandte sich gegen die Verdächtigung, die USA wünsche die Konferenz schnell und auf Gipfelebene zu Ende zu bringen, womöglich aufgrund bilateraler Absprachen mit der SU und auf Kosten ihrer Verbündeten. Richtig sei vielmehr: Die USA hätten die KSZE niemals gewünscht, sie hätten sie sogar für einen Fehler gehalten. Diese Prognose sehe er nun bestätigt.

Die USA hätten nur auf Drängen europäischer Führer mitgemacht, um sich nicht zu isolieren. Nun gehe es darum, ohne Schaden davonzukommen.

Man müsse die sowjetischen Ziele sehen:

Die SU wolle die Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt verwischen und die Illusion eines kollektiven Sicherheitssystems erzeugen. Aus diesem Hauptgrunde sähe die USA den baldigen Abschluß der Konferenz unter vernünftigen Bedingungen gern. Eine amerikanisch-sowjetische Kollusion gebe es nicht.

Was die Konferenzebene angehe, so hätten die USA unter dem Eindruck gestanden, die Europäer wollten einen Gipfel. Wenn immer wieder gesagt werde, die Ebene sei abhängig von den Resultaten der Phase II, so sei das eine gefährliche Leerformel. Die Verbündeten müßten sich möglichst bald im NATO-Rat darauf einigen, welche konkreten Resultate einen Gipfel rechtfertigen würden. Man könne ohnehin nur mit mageren Resultaten rechnen. Wenn wir glaubten, ein Gipfel sei in keinem Falle gerechtfertigt, dann sollten wir das der SU bald sagen. Die USA werde keinen Druck auf eine Gipfelkonferenz hin ausüben.

Zur Entspannung im allgemeinen müsse man leider feststellen, daß sie in unseren Ländern für eine Selbstverständlichkeit und eine Sache auf Dauer gehalten werde. Aber es sei möglich, daß die UdSSR aufgrund westlicher Reaktionen zu einer härteren Linie zurückkehre. Bei einer solchen Kursänderung werde es schwierig sein, die sowjetischen Führer wieder davon abzubringen. Wir müßten uns deshalb auf zentrale Probleme konzentrieren und starke Töne im Kommuniké vermeiden.

Zum Prinzipienkatalog sei folgendes zu bemerken:

Die amerikanische Regierung teile die deutsche Befürchtung, der Prinzipienkatalog der KSZE könne die deutsche Teilung endgültig machen und die Vier-Mächte-Rechte untergraben. Deshalb unterstütze die amerikanische Regierung die deutsche Sache und werde alles tun, um die Vier-Mächte-Rechte aufrecht-

zuerhalten. Es wäre allerdings eine gefährliche Sache, Texten erst zuzustimmen und dann zusätzliche Forderungen zu stellen.

Die amerikanische Regierung unterstütze vertrauensbildende Maßnahmen, obwohl sie nur marginalen Sicherheitscharakter hätten. Schließlich dürften wir die möglichen Wirkungen aus dem Korb III nicht überschätzen. Ein Land, das in seiner ganzen Geschichte niemals die freie Bewegung gestattet habe und seit 50 Jahren unter einer Diktatur lebe, werde durch westliche Zeitungen an Moskauer Kiosken nicht verändert.

Er unterstütze die Auffassung der Neun. Die Fünfzehn sollten im Tenor nicht zu sehr von ihr abweichen, obwohl die Fünfzehn erst nachträglich informiert worden seien.

An der Diskussion beteiligten sich auch alle übrigen Minister. Die skeptische Stimmung war einhellig. Nuancen wurden deutlich in bezug auf das Gipfeltreffen und in bezug auf Korb III. (Callaghan bezweifelte, ob wir dem Gipfel ausweichen können. Strikt gegen den Gipfel äußerten sich Frankreich und die Türkei. Für Insistieren auf größeren Zugeständnissen der SU bei Korb III: Niederlande, Griechenland, Türkei, am stärksten Kanada.)

IV. Nahost

Kissinger resümierte die amerikanische Nahostpolitik: keine Festlegung auf bestimmte Lösungen, Trennung der Sachfragen (Grenzen, Palästinenser, Jerusalem). Die Genfer Verhandlungen¹⁴ könnten wohl nicht vor Ende September wiederaufgenommen werden.

Das entscheidende Ergebnis der letzten Monate sei die Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses in Ägypten¹⁵, aber auch in Syrien¹⁶. Beide Länder hätten ihre Entscheidung ohne Unterrichtung der Sowjetunion getroffen, obwohl sie militärisch von ihr unterstützt würden. Es sei nicht amerikanische Absicht, die SU aus dem Nahen Osten zu vertreiben, wohl aber, den dominierenden Einfluß der SU zurückzudrängen. Die Araber müßten in ein Netz von wirtschaftlichen und technologischen Beziehungen eingespannt werden.

Kissinger warnte vor dem Gedanken einer europäisch-arabischen Außenministerkonferenz. Sie würde den radikalen arabischen Kräften ein Forum verschaffen.

Die USA suchten keine exklusive Rolle im Nahen Osten. Es sei nicht sicher, ob sie endgültig Erfolg haben würden. Dann sei es wichtig, daß es zur USA nicht nur die Alternative UdSSR gebe.

Der Bundesminister betonte, die Neun hätten ein elementares Interesse daran, mit einer Stimme gegenüber den Arabern zu sprechen. Das stärke außerdem den inneren Zusammenhalt der Neun. Es sei nicht geplant, daß demnächst die neun Außenminister mit den 20 arabischen Außenministern zusammenträfen.

¹⁴ Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 10, Anm. 9.

¹⁵ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Sadat am 18. April 1974 im ägyptischen Parlament; Dok. 124, Anm. 17.

¹⁶ Am 4. Juli 1974 meldete die irakische Nachrichtenagentur INA, daß auf Wunsch der syrischen Regierung 80 sowjetische Rüstungsexperten Syrien verlassen hätten. Der Wunsch sei gegenüber der UdSSR zum Ausdruck gekommen, nachdem Syrien und die USA am 16. Juni 1974 die diplomatischen Beziehungen wiederaufgenommen hätten. Vgl. dazu AdG 1974, S. 18807.

Wir würden voraussichtlich mit Expertengesprächen beginnen¹⁷ und dadurch die extremen Elemente am ehesten ausschließen. Weitere Prozeduren müßten besprochen werden. Man könne an Sprecher auf beiden Seiten denken. Außerdem sei es notwendig, im Bündnis zu konsultieren und Parallelgespräche mit Israel zu führen. Die Araber müßten wissen, daß sie kein Monopol hätten. Wir würden mit ihnen über wirtschaftliche Probleme sprechen und nicht über politische Fragen, die mit dem Konflikt zusammenhängen.

Der französische Außenminister äußerte sich auf derselben Linie. Die Europäer wollten auf keinen Fall die amerikanischen Friedensbemühungen stören. Frankreich, Großbritannien und Deutschland sollten aber ihre traditionellen Beziehungen zu den arabischen Ländern nutzen.

Der britische Außenminister befürwortete den europäisch-arabischen Dialog auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet. Eine Teilnahme Europas an einer Friedensregelung sei abhängig von der Zustimmung der Betroffenen.

V. Allgemeine Erklärungen

Von der Möglichkeit einer allgemeinen Erklärung machten eine Reihe von Außenministern Gebrauch. Die Rede des Herrn Bundesministers folgt als Anlage¹⁸. Aus den Reden der übrigen Minister ist festzuhalten:

1) Sauvagnargues zitierte aus der Antwort von Staatspräsident Giscard d'Estaing auf den Glückwunsch von Generalsekretär Luns, daß Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber der Allianz auf das genaueste erfüllen werde („scrupuleusement fidèle“), insbesondere die Verpflichtung aus Artikel 5 des NATO-Vertrags¹⁹. Frankreich werde seinen Beitrag zur Stärkung der Wirksamkeit und des Zusammenhalts der Allianz und damit der Abschreckung leisten. Es werde

¹⁷ Vgl. dazu das auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10./11. Juni 1974 verabschiedete Aide-mémoire über den europäisch-arabischen Dialog; Dok. 167, Anm. 11.

¹⁸ Dem Vorgang beigelegt. Bundesminister Genscher führte u. a. aus, „daß die NATO und die Anwesenheit unserer amerikanischen Verbündeten in Europa unverzichtbar sind für unsere Sicherheit. Das Bündnis ist die Voraussetzung für eine wirkungsvolle Entspannungspolitik. [...] Neben der Verankerung im atlantischen Bündnis bleibt für die Bundesrepublik Deutschland die Mitwirkung an der europäischen Einigung Grundsatz ihres außenpolitischen Handelns. Ich bin davon überzeugt, daß die Politik der Allianz und die Politik der europäischen Einigung in Einklang miteinander fortschreiten müssen. Beide ‚Politiken‘ ergänzen sich, ja sie bilden ein Ganzes, und zwar aus zwei Hauptgründen: Die europäische Einigung kann sich nur unter dem Schutze der Allianz vollziehen. Die Einigung Europas aber wird zur Stärkung der Allianz beitragen.“ Genscher fuhr fort, daß NATO und europäische Einigung Voraussetzungen für die Entspannung seien: „Die Entspannung muß auch in Berlin ihren Ausdruck finden. Berlin bleibt ein Gradmesser für die Entspannung. Das Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 hat sich im großen und ganzen bewährt. Schwierigkeiten bei der Anwendung dieses Abkommens hat es auch seit der letzten NATO-Ministerkonferenz gegeben. Wir hoffen, diese Schwierigkeiten überwinden zu können.“ Vgl. VS-Bd. 9889 (200); B 150, Aktenkopien 1974.

¹⁹ Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „The Parties agree that an armed attack against one or more of them in Europe or North America shall be considered an attack against them all; and consequently they agree that, if such an armed attack occurs, each of them, in exercise of the right of individual or collective self-defence recognized by Article 51 of the Charter of the United Nations, will assist the Party or Parties so attacked by taking forthwith, individually and in concert with the other Parties, such action as it deems necessary, including the use of armed force, to restore and maintain the security of the North Atlantic area.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

an den Entscheidungen von 1966 festhalten und nicht in die militärische Integration der NATO zurückkehren.²⁰

2) Der portugiesische Außenminister²¹ nahm in einer leidenschaftlichen Rede vor allem zur Demokratisierungs- und Dekolonialisierungspolitik der neuen portugiesischen Regierung²² Stellung und appellierte an die Hilfe der Verbündeten. Wahlen würden im März 1975 stattfinden. Bei der Dekolonialisierung sei ein Waffenstillstand erstes Ziel. Die endgültige politische Lösung sei vielschichtig. Portugal beabsichtige, mit allen Ländern ohne Rücksicht auf deren innenpolitische Verhältnisse diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Er bekräftigte die Treue seines Landes zur Allianz und erklärte, Portugal werde die Sicherheitsregeln des Bündnisses genau beachten.

3) Der isländische Außenminister²³ berichtete über den Stand der Verhandlungen mit den USA über die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Island.²⁴ Island werde auch weiterhin die technischen Möglichkeiten zur Überwachung des Nordatlantik einräumen.

4) Der niederländische Außenminister²⁵ legte Wert auf die Feststellung, daß die Erwähnung der britischen und französischen Kernwaffenstreitkräfte in der Atlantischen Erklärung nicht so ausgelegt werden dürfe, als würden die Niederlande der künftigen Errichtung einer europäischen Kernwaffenstreitmacht zustimmen.

5) Die Kommuniké-Debatte reflektierte die Ergebnisse der Sachdiskussion und verlief in guter Stimmung. Schwerpunkt war das interne Demokratieproblem der Allianz. Griechenland, das indirekt angesprochen war, replizierte nicht.

[gez.] Keller

VS-Bd. 9889 (200)

²⁰ Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

²¹ Mario Soares.

²² Zum Regierungsumsturz in Portugal am 25. April 1974 vgl. Dok. 136.

²³ Einar Agústsson.

²⁴ Der isländische Außenminister Agústsson und der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Sisco, begannen am 8./9. April 1974 in Washington Gespräche über eine Revision des Verteidigungsabkommens vom 5. Mai 1951. Vgl. dazu die Meldung „Keflavik-Verhandlungen beginnen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. April 1974, S. 2.

Die Gespräche endeten am 26. September 1974 mit der Paraphierung eines neuen Abkommens, das eine Reduzierung der amerikanischen Personalstärke auf der Militärbasis Keflavik in den Bereichen Technik und Verwaltung um 420 Mann und deren Ersetzung durch isländische Kräfte vorsah. Ferner verpflichteten sich die USA, Infrastrukturmaßnahmen zur Trennung des zivilen und des militärischen Teils des Flughafens Keflavik sowie zur Verbesserung der Sicherheitskontrollen zu ergreifen. Schließlich sollten möglichst rasch Wohnmöglichkeiten für das amerikanische Militärpersonal auf dem militärischen Teil des Flughafens geschaffen werden. Das Abkommen trat mit dem Austausch von Noten am 22. Oktober 1974 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. TIAS, Nr. 7969.

²⁵ Max van der Stoep.

184

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Redies, z. Z. Kairo,
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 895
Citissime

Aufgabe: 20. Juni 1974, 14.15 Uhr
Ankunft: 20. Juni 1974, 13.40 Uhr

Betr.: Europäisch-arabischer Dialog

Die Gespräche zwischen europäischer Delegation mit Arabischer Liga¹ verliefen in guter Atmosphäre und ohne besondere Schwierigkeiten. Am Dienstag² fand, wie vorgesehen, zunächst Erörterung auf Delegationsebene statt, der heute Treffen mit Generalsekretär Mahmud Riad folgte. Wir haben arabischer Seite das von uns vorgesehene weitere Procedere auf der Grundlage des von den Außenministern am 10. Juni genehmigten Nahost-Experten-Berichts³ erläutert und entsprechendes Aide-mémoire⁴ übergeben. In den Grundzügen stimmt man in Arabischer Liga mit unseren Vorstellungen überein. Generalsekretär Mahmud Riad wird noch für heute arabische Botschafter zusammenrufen, um ihnen unsere Vorschläge zu übermitteln. Mitte Juli soll die im Rahmen Arabischer Liga gebildete Kommission für den europäisch-arabischen Dialog, bestehend aus Vertretern von elf arabischen Staaten und dem Liga-Generalsekretariat⁵, zur endgültigen Festlegung der arabischen Linie einberufen werden, so daß erstes Treffen zwischen Präsidentschaft der Neun und arabischen Vertretern in letzter Juli-Woche stattfinden könnte.⁶

¹ Vom 18. bis 20. Juni 1974 hielten sich Vortragender Legationsrat I. Klasse Redies als Vertreter der EG-Ratspräsidentschaft, der Mitarbeiter im französischen Außenministerium, Rouillon, als Vertreter der künftigen EG-Ratspräsidentschaft und der stellvertretende Generalsekretär der EG-Kommission, Meyer, zu Gesprächen mit Vertretern der Arabischen Liga in Kairo auf.

² 18. Juni 1974.

³ Im Bericht der Nahost-Experten des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ vom 6. Juni 1974 hieß es hinsichtlich des weiteren Vorgehens: „Es erscheint angebracht, zunächst ein allgemeines europäisch-arabisches Komitee für den Dialog zu bilden, dem folgende Aufgaben obliegen: Erörterung der allgemeinen Aspekte des europäisch-arabischen Dialogs; Einsetzung von Arbeitsgruppen für die einzelnen Bereiche einer europäisch-arabischen Kooperation; Koordinierung der Tätigkeit der Arbeitsgruppen und Erarbeitung eines zusammenfassenden Vorschlags für die europäisch-arabische Kooperation. Dieses allgemeine Komitee sollte sich aus höheren Beamten der jeweiligen Regierungen bzw. der Kommission und der Arabischen Liga zusammensetzen; den Vorsitz auf der europäischen Seite sollte die jeweilige Präsidentschaft haben. Als Tagungsort sollte entweder die Hauptstadt der europäischen Präsidentschaft oder eine arabische Hauptstadt vorgesehen werden. Hinsichtlich der Zusammensetzung und der Tätigkeitsweise der Arbeitsgruppen sollten wir flexibel bleiben, da dies sehr wesentlich von der jeweiligen Thematik des zu behandelnden Sachgegenstandes abhängig sein wird. Dabei ist die Zuständigkeit der Gemeinschaft zu berücksichtigen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 104982.

⁴ Für das auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10./11. Juni 1974 verabschiedete Aide-mémoire über den europäisch-arabischen Dialog vgl. Dok. 167, Anm. 11.

⁵ Vgl. dazu die Beschlüsse der Tagung des Rats der Arabischen Liga vom 25. bis 28. März 1974 in Tunis; Dok. 180, Anm. 13.

⁶ Das erste Gespräch im Rahmen des europäisch-arabischen Dialogs fand am 31. Juli/1. August 1974 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 222, Anm. 14.

In einleitenden Worten bei heutigem Gespräch unterstrich Generalsekretär Mahmud Riad die Bedeutung, die man einem guten Gelingen des europäisch-arabischen Dialogs beimesse. Es handele sich hier letztlich um den Versuch, zwei wichtige Regionen dieser Welt wirtschaftlich und damit auch politisch einander näherzubringen. Die arabische Seite sehe im Dialog gleichzeitig eine Möglichkeit zu zeigen, daß man hinsichtlich der Auswirkungen der Ölkrise die Kooperation suche und keine Konfrontation wünsche. Der europäisch-arabische Dialog solle auch gegen niemanden gerichtet sein, weder gegen die USA noch gegen andere Industrieländer, sondern im Gegenteil ein Beispiel für eine gute Zusammenarbeit zwischen den arabischen Staaten und anderen Ländern oder Gruppen von Ländern setzen. Man sei sich auf arabischer Seite aber auch darüber im klaren, daß das Vorhaben des europäisch-arabischen Dialogs etwas Neues in der internationalen Politik darstelle und sicher manche Anfangsschwierigkeiten zu überwinden seien. Wichtig erscheine deshalb in den weiteren Erörterungen, von Anfang an auf die Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zwischen beiden Seiten und eines geeigneten Klimas Wert zu legen. Die Arabische Liga stehe dem europäisch-arabischen Dialog im übrigen nicht zuletzt deshalb positiv gegenüber, weil sie sich hiervon auch einen integrierenden Effekt auf die arabische Welt erhoffe.

Einen ausführlichen Bericht zur Unterrichtung der anderen Außenministerien der Neun werde ich nach Rückkehr vorlegen.⁷

[gez.] Redies

Referat 010, Bd. 562

⁷ Für den Bericht des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Redies vom 25. Juni 1974 vgl. Referat 310, Bd. 104982.

Botschafter Sahn, Moskau, an Staatssekretär Gehlhoff**114-20125/74 VS-vertraulich****Aufgabe: 22. Juni 1974, 17.34 Uhr****Fernschreiben Nr. 2193****Ankunft: 22. Juni 1974, 17.45 Uhr****Citissime nachts**Nur für Staatssekretär¹

Betr.: Botschaft des Bundeskanzlers an Breschnew

Bezug: Drahterlaß Nr. 553 vom 11.4., AZ: 213-321.00 SOW²

1) Generalsekretär Breschnew empfing mich heute, 12.10 Uhr, in Gegenwart seines Mitarbeiters Blatow und eines Dolmetschers zur Entgegennahme der Botschaft des Bundeskanzlers. Ich war von Dolmetscher Armbruster begleitet. Gespräch dauerte eine Stunde vierzig Minuten.

2) Ich trug die Botschaft des Bundeskanzlers mündlich vor und übergab ihm anschließend deutschen Wortlaut und russische Übersetzung.

3) Breschnew bat, Bundeskanzler Dank für Mitteilung und umfangreiche Behandlung der dargelegten Fragen zu übermitteln. Tatsache, daß bereits dreimal Mitteilungen ausgetauscht wurden³, zeige guten Willen, Beziehungen zu entwickeln. Die von Bundeskanzler erwähnten Verträge⁴ stellten umfassende rechtliche Grundlage weiterer Zusammenarbeit dar. Er stellte baldige ausführliche Antwort zu allen Fragen an Bundeskanzler in Aussicht.⁵

¹ Hat Staatssekretär Gehlhoff am 24. Juni 1974 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Über Referat 213 Herrn D2 m[it] d[er] B[itte] um Übernahme.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Meyer-Landrut am 24. und erneut am 26. Juni 1974 vorgelegen.

² Staatssekretär Gehlhoff übermittelte der Botschaft in Moskau die Antwort des Bundeskanzlers Schmidt auf die Mitteilung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 20. Mai 1974. Dazu führte er aus: „Der Herr Bundeskanzler hat entschieden, die Antwort auf die Botschaft von Breschnew auf folgendem Wege übermitteln zu lassen: Mündlicher Vortrag durch Botschafter und Hinterlassung seiner Gesprächsunterlage als ‚Non-paper‘. Bitte dementsprechend Termin bei Generalsekretär Breschnew anmelden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 112686. Für Auszüge vgl. Anm. 4, 6, 7, 9 und 15.

³ Zum Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. Mai 1974 vgl. Dok. 151, Anm. 13.

Zur vom sowjetischen Botschafter Falin am 20. Mai 1974 vorgetragenen Mitteilung von Breschnew an Schmidt vgl. Dok. 151.

Ein weiteres Schreiben von Breschnew wurde am 12. Juni 1974 an Schmidt übermittelt. Vgl. dazu Dok. 179, Anm. 3.

⁴ Botschafter Sahn, Moskau, trug dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, folgende Mitteilung des Bundeskanzlers Schmidt vor: „Der Wille zur Entspannung im Verhältnis zur Sowjetunion und den Staaten Osteuropas bleibt ein Eckpfeiler unserer Politik. Die Regierungserklärung hat daran keinen Zweifel gelassen. Diese Politik wird sich auf der Grundlage bewegen, die durch die Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion, Polen und der ČSSR sowie durch den Vertrag mit der DDR geschaffen worden ist. [...] Wir betrachten den Abschluß von Verträgen und Abkommen, wie in der Präambel des Vertrages vom 12. August 1970 vorgesehen, als besonders geeignetes Mittel, die Zusammenarbeit auf breiter Grundlage und in mannigfachen Bereichen zu fördern und für die Zukunft zu sichern.“ Vgl. Referat 213, Bd. 112686.

⁵ Für die Mitteilung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 9. August 1974 an Bundeskanzler Schmidt, die vom sowjetischen Gesandten Tokowinin am 14. August 1974 übergeben wurde, vgl. VS-Bd. 10139 (213).

4) Schon jetzt wolle er Bundeskanzler Einverständnis übermitteln, daß wir nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zusammenarbeiten müßten. In beiden Bereichen umfangreiche Möglichkeiten. Es komme nur auf guten Willen an.

5) Politische Fragen:

Begrüßt Absicht Bundeskanzlers, KSZE möglichst schnell abzuschließen.⁶ An Lösung grundlegender Fragen alle Völker Europas interessiert. Auch von USA, Italien und anderen hätte er Bereitschaft gehört, KSZE schnell und auf höchster Ebene abzuschließen. Konferenz laufe langsam. Immer neue Fragen würden aufgeworfen, die mit eigentlichem Konferenzziel nichts zu tun hätten. Hoffte, daß Bundeskanzler diese Frage in größerem Zusammenhang betrachte und daß Konsultationen und Zusammenarbeit zu baldigem Abschluß beitragen.

6) Wirtschaftliche Fragen⁷:

Gemeinsames Interesse. Man könne einander Vorwürfe machen, darauf komme es aber nicht an. Möglicherweise sei wegen unterschiedlicher Systeme noch keine geeignete Form Zusammenarbeit entwickelt. Zeit werde lehren. Sowjetunion wie Bundesrepublik brauchten manches. Bei gutem Willen auf vielen Gebieten Zusammenarbeit auf höherer Stufe zu erreichen. Planüberlegungen für die Jahre 1975 bis 1990 eröffneten gewaltige Perspektiven (er verwies dabei auf seine Wahlrede⁸). Sowjetunion sei reich an Rohstoffen. Auf dieser Grundlage

⁶ In der Mitteilung des Bundeskanzlers Schmidt, die Botschafter Sahn, Moskau, dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vortrug, wurde ausgeführt: „Wir stehen zu unserer öffentlich bekundeten Absicht, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu einem Erfolg werden zu lassen. Der Bundeskanzler neigt persönlich der Vorstellung zu, daß im weiteren Verlauf des Jahres die Konferenz auf höchster Ebene abgeschlossen werden sollte. Allerdings müßte dies mit anderen Beteiligten auf westlicher Seite geklärt werden. Dabei wird das Ergebnis der zweiten Phase der Konferenz die ausschlaggebende Rolle spielen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 112686.

⁷ In der von Botschafter Sahn, Moskau, vorgetragenen Mitteilung des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hieß es: „Die Bundesregierung will die wirtschaftlichen Beziehungen und insbesondere die industrielle Kooperation rasch entwickeln. Die gemeinsame Wirtschaftskommission sollte im Herbst für ihre vierte Sitzung entsprechende Empfehlungen erhalten; dabei eröffnet der Energie- und Rohstoffbereich infolge der weltweiten Unsicherheit auf diesem Gebiet auch aus unserer Sicht besondere Möglichkeiten. Wir begrüßen daher die erfolversprechend angelaufenen Verhandlungen über ein drittes Erdgas-Röhrengeschäft, das Erdgas-Dreiecksgeschäft mit der Sowjetunion und Iran, den vorgesehenen Strombezug gegen die Lieferung von Einheiten für Kernkraftwerke sowie die Pläne über die gemeinsame Erkundung und Nutzung von verschiedenen Bodenschätzen. Auch im Chemiebereich zeichnet sich eine erfolgreichere Zusammenarbeit ab, die energieintensive und petrochemische Produktionen einschließen sollte. Sorgen bereiten die teilweise schleppende Behandlung von Projekten sowie unerwartet vorgenommene Preiserhöhungen bei der Lieferung von Rohstoffen und Grundstoffen durch sowjetische Dienststellen. Unser bisher größtes Kooperationsvorhaben, der gemeinsame Aufbau eines integrierten Hüttenwerks bei Kursk, ist Ende März durch Unterzeichnung eines Generalabkommens in die Wege geleitet worden. Wir gehen davon aus, daß auch die weitere Abwicklung dieses Großprojektes in gegenseitigem Verständnis und zum beiderseitigen Nutzen zügig erfolgen wird. Zur Frage der Kreditpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist festzustellen, daß die Bundesregierung die Gewährung von Zinssubventionen wegen der damit im Zusammenhang stehenden Ausweitung der Exportüberschüsse und im Interesse der inneren Preisstabilität nicht in Betracht zieht. Die Bundesregierung ist bereit, ihre Bürgschaftspolitik in vermehrtem Umfang in den Dienst ihrer Bemühungen um eine Ausweitung und Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zu stellen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 112686.

⁸ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, kündigte am 14. Juni 1974 in Moskau auf einer Kundgebung zu den Wahlen zum Obersten Sowjet an, daß der neue Fünfjahresplan „entsprechend den Richtlinien des XXIV. Parteitages zusammen mit der Generalperspektive der Entwicklung der Volkswirtschaft für den Zeitraum von 1976 bis 1990 erarbeitet wird und in diese Eingang findet. [...] Es geht um die allseitige Entwicklung der Produktivkräfte, die Beschleunigung des wis-

Berührungspunkte finden, die politische Zusammenarbeit ergänzen. Sowjetunion sei ein Land, das „nicht von Konjunktur Gebrauch macht“.

7) DDR⁹:

Er wolle nicht an Tatsache vorbeigehen, daß er sich dieser Tage mit Honecker getroffen habe.¹⁰ Dabei seien vor allem interne wirtschaftliche Fragen und Probleme behandelt worden.

Er wolle nicht auf die Einzelheiten der Frage von Stromlieferungen in die Bundesrepublik Deutschland und nach West-Berlin¹¹ eingehen. Dies sei vorläufig noch nicht von der DDR und den anderen sozialistischen Ländern geprüft, um so mehr, als viel in dieser Frage davon abhängt, wie dieses Problem behandelt wird.

Zu dem Gespräch mit Honecker wolle er aber noch folgendes sagen: Die DDR sei gesonnen, im Geiste der Abkommen und gutnachbarlicher Zusammenarbeit unabhängig von der Existenz verschiedener Gesellschaftssysteme zu handeln. Er sage das, damit der Bundeskanzler wisse, daß keine geheimen Verhandlungen geführt worden seien, die Aktionen gegen andere Länder zum Inhalt hätten.

„Ich und das Politbüro könnten so nicht handeln, daß wir mit der einen Hand etwas geben und mit der anderen Hand etwas tun“ (offensichtlich ein Hinweis auf den letzten, bisher unbeantwortet gebliebenen Brief von Bundeskanzler Brandt an Breschnew von Anfang dieses Jahres¹², in dem ähnliches Bild ver-

Fortsetzung Fußnote von Seite 801

senschaftlich-technischen Fortschritts und die Erhöhung der Effektivität der gesamten Wirtschaft auf dieser Grundlage. Die Schaffung neuer, sehr großer volkswirtschaftlicher Komplexe wird in Angriff genommen werden. Wir haben diesen Weg bereits beschritten. Überaus reiche Erdöl- und Erdgaslagerstätten werden in Westsibirien erschlossen. An der Kama wird ein gigantisches Automobilwerk gebaut. Es wurde mit dem Bau der Baikal-Amur-Magistrale begonnen, mit dem die Umgestaltung weiter Gebiete am Baikal und im Fernen Osten zusammenhängt. Zu einer Großtat der zukünftigen Fünfjahrpläne wird sich der wirtschaftliche Aufschwung der Nichtschwarzerdzone Rußlands gestalten, in der ungefähr 60 Millionen Menschen leben. Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Geschichte Umgestaltungen von einem solchen Ausmaß – und ich habe nur einige aufgezählt – noch nicht gesehen hat. Sie sollen das Antlitz unserer Heimat in vieler Hinsicht verändern und bereichern.“ Vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 15. Juni 1974, S. 3.

⁹ Zu den innerdeutschen Beziehungen trug Botschafter Sahn, Moskau, folgende Mitteilung des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vor: „Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden von der Bundesregierung weiterhin unter dem Gesichtspunkt gesehen, ungeachtet alles Trennenden ein gutes Nachbarschaftsverhältnis herzustellen. Die Bundesregierung hat diesem Wunsch in aller Klarheit Ausdruck verliehen. Die Bundesregierung nimmt zur Kenntnis, daß die Regierung der DDR bereit ist, sich um Verständigung mit der Bundesrepublik Deutschland in beide Seiten interessierenden Fragen zu bemühen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 112686.

¹⁰ Der Erste Sekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich am 17./18. Juni 1974 zu Gesprächen in Moskau auf.

¹¹ Zur Lieferung von Kernkraftwerken in die UdSSR bzw. der Lieferung von Strom in die Bundesrepublik vgl. Dok. 15, Anm. 8.

Referat 421 informierte dazu am 7. Juni 1974: „Die Kraftwerksunion AG, Mülheim, hat der Sowjetunion Anfang März 1974 das Angebot zur Lieferung von vier Kernkraftwerkseinheiten zu je 1200 MW zugeleitet; politisch entwickelt sich dieses Projekt zunehmend zu einem Dreierprojekt BRD/UdSSR/DDR; die Sowjetunion und die DDR drängen zur Aufnahme von Dreiergesprächen über Standort der Kernkraftwerkseinheiten (voraussichtlich alle in der DDR); Stromleitungsführung (wir müssen auf unmittelbarer Einbeziehung von Berlin (West) in das Stromverbundsystem bestehen); Lieferung des Kernbrennstoffs.“ Vgl. Referat 213, Bd. 112686.

¹² Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Brandt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. Januar 1974; Dok. 1.

wendet wurde). Dies gelte um so mehr, als die Bundesrepublik Deutschland und die DDR souveräne Staaten seien, Mitglieder der Vereinten Nationen, und jeder das Recht hätte, im Rahmen seiner Souveränität zu handeln.

8) Erdgas Iran¹³:

Er habe an internen Beratungen über dieses Projekt teilgenommen, zu dem es viele Varianten gebe. Als letzte Variante seien Dreiergespräche auf Expertenebene vorgesehen gewesen. Auch hier komme es auf guten Willen aller Beteiligten an. Jetzt wolle er hierzu nichts sagen.

Er müsse diese Frage unter einem anderen Aspekt noch einmal ansprechen. Es gebe viele Verleumdungen und entstellende Berichte in der amerikanischen, französischen und deutschen Presse, die sich gebärden, als ob sie die Meinungen der Staats- und Regierungschefs darstellten. Dadurch würde die Atmosphäre vergiftet. Die Menschen warteten auf Entscheidung des ganzen Kontinents. Sie seien des Kalten Kriegs müde. Die Staatschefs hätten verstanden, daß der Kalte Krieg zu nichts Gutem führt, daher bedürfe es eines energischen politischen Impulses, so durch den Bundeskanzler und ihn selbst. Er werde bald auch mit Nixon darüber sprechen.¹⁴

10) Berlin:

Er wolle auch nicht die Frage Berlin-West übergehen. Er müsse noch aufmerksam studieren, worum es in der Botschaft des Bundeskanzlers gehe.¹⁵ Man hätte viele Jahre lang Bemühungen unternommen, um im Vier-Mächte-Abkommen zu Entscheidungen zu kommen, die für alle Seiten akzeptabel seien. Er sei ein Mann von hoher Disziplin, daher vertrete er den Standpunkt strikter Einhaltung der Abmachungen. Das sei aber ein Gegenstand spezieller Gespräche. Im Augenblick wolle er nicht näher darauf eingehen.

11) Er bat, seine guten Wünsche an Bundeskanzler Schmidt und Herrn Brandt und dem Außenminister zu übermitteln. Er erinnere sich seines Gesprächs mit

¹³ Zum geplanten Dreiecksgeschäft zwischen der Bundesrepublik, dem Iran und der UdSSR über die Lieferung von Erdgas vgl. Dok. 166, Anm. 4.

¹⁴ Präsident Nixon hielt sich vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 197, Dok. 199 und Dok. 200.

¹⁵ In der Mitteilung des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hieß es: „Dem Problem, wie entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 Berlin (West) an unseren Beziehungen teilhaben kann, ohne daß immer wieder Meinungsverschiedenheiten auftreten, kommt besondere Bedeutung zu. Dementsprechend ist es anlässlich des Besuches des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, L. I. Breschnew, in der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1973 ausführlich erörtert worden. Die damals gefundene Formel von der ‚strikten Einhaltung und vollen Anwendung‘ dieses Abkommens bleibt gültig; sie hat aber bisher nicht ausgereicht, um zu einer umfassenden Lösung des Berlin-Problems in unseren Beziehungen zu kommen. Wir betrachten das Vier-Mächte-Abkommen als eine feste Grundlage, an die wir uns halten wollen. In allen Berlin (West) betreffenden Fragen stimmt die Bundesregierung ihre Positionen voll mit den Drei Mächten ab, die die oberste Gewalt in den Westsektoren der Stadt innehaben. Die Bundesregierung ist entschlossen, die Außenvertretung von Berlin (West) zum Wohle der Einwohner in den festgelegten Grenzen wahrzunehmen. Sie geht davon aus, daß die Sowjetunion ihr diese Aufgabe nicht erschweren will. Schwierigkeiten, die sich bei der Beteiligung von Berlin (West) an unserer Zusammenarbeit ergeben, sollten im Zuge intensiver Konsultationen auch auf politischer Ebene ausgeräumt werden. Der sowjetischen Regierung ist bekannt, welche große Bedeutung die Bundesregierung dieser Frage beimessen muß.“ Vgl. Referat 213, Bd. 112686.

dem Bundeskanzler¹⁶, der ja wohl auch schon mehrfach in Moskau gewesen sei.¹⁷

Er bestätigte die Einladung an Bundeskanzler Schmidt zu einem Besuch in der Sowjetunion, den dieser offenbar für den Herbst vorschlägt.¹⁸ (Aus seinen weiteren nicht ganz klaren Ausführungen ging hervor, daß er im Herbst Terminschwierigkeiten sah.) Der Bundeskanzler solle aber keinen Zweifel daran haben, daß er immer bereit sei, ihn zu empfangen und mit gebührender Aufmerksamkeit zu behandeln. (Breschnew schien andeuten zu wollen, daß er sich auf den Juli-Termin eingerichtet hatte und eine Verschiebung zu Schwierigkeiten auch mit anderen wichtigen Terminen führt.¹⁹)

12) An diese Ausführungen Breschnews schloß sich ein Wechselgespräch an, das jeweils durch meine Stellungnahmen zu einigen von Breschnew erwähnten Punkten ausgelöst wurde.

13) Stromlieferungen:

Ich verwies darauf, daß bei dem Besuch von Staatssekretär Schlecht die hiermit zusammenhängenden Fragen einer Klärung nähergeführt worden seien.²⁰ Zunächst sei unklar gewesen, wie das Verhältnis des sowjetischen Projektes zu den diesbezüglichen Interessen der DDR und Polens gewesen sei. Jetzt sei ge-

¹⁶ Zum Gespräch während des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 151, Anm. 12.

¹⁷ Der SPD-Abgeordnete Schmidt hielt sich im Rahmen einer Urlaubsreise nach Aufenthalt in der ČSSR und Polen vom 25. Juli bis 6. August 1966 in der UdSSR auf und führte u. a. Gespräche mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Semjonow sowie mit dem Chefredakteur der Tageszeitung „Pravda“, Simjanin. Vgl. dazu SCHMIDT, Menschen, S. 22 und 25. Für das Gespräch mit Simjanin am 2. August 1966 vgl. LEHMANN, Öffnung, S. 205–218.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Schmidt hielt sich ferner vom 20. bis 22. August 1969 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 288.

¹⁸ Zu der am 20. Mai 1974 übermittelten Einladung der sowjetischen Regierung an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 151, besonders Anm. 10.

Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 28. bis 31. Oktober 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 309, Dok. 311–316 und Dok. 321.

¹⁹ Botschafter Sahm, Moskau, erläuterte am 24. Juni 1974 hierzu ergänzend: „Obwohl sich Breschnew unklar ausdrückte, war es offenbar, daß ihm ein Termin im Herbst nicht recht ins Konzept paßte und daß er einen Zeitpunkt bevorzugen würde, der näher bei dem ursprünglichen Juli-Termin liegt. Dafür mögen neben anderen Gesichtspunkten zwei Gründe eine Rolle spielen: a) Breschnew hatte wohl gehofft, das Gespräch mit dem Bundeskanzler ebenso wie das mit Nixon benutzen zu können, um noch im Sommer bei der KSZE Durchbruch zu schneller dritter Etappe auf Gipfelebene zu erreichen [...]. Da Sowjets in dieser Frage größere Schwierigkeiten bei den Europäern als bei den Amerikanern vermuten, würde eine baldige Einigung in diesem Punkt mit dem Regierungschef eines im KSZE-Bereich besonders wichtigen europäischen Partners für sie von wesentlichem Wert sein. b) Breschnew hat Einladung in die DDR zum 25-jährigen Jubiläum (7. Oktober) angenommen. Es ist möglich, daß ihm eine enge zeitliche Verbindung zwischen den Spitzengesprächen mit Bundesrepublik Deutschland und DDR untunlich erscheint (vergleiche Schwierigkeiten anläßlich vorjährigen Breschnew-Besuchs und kurzfristige Balance-Visite in Berlin (Ost)).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2199; VS-Bd. 10139 (213); B 150, Aktenkopien 1974.

²⁰ Staatssekretär Schlecht, Bundesministerium für Wirtschaft, hielt sich vom 2. bis 8. Juni 1974 in Moskau auf. Referat 421 informierte dazu am 3. Juli 1974: „Bei den Gesprächen, die StS Dr. Schlecht, BMWi, Anfang Juni mit dem Stellvert[r]etenden Vorsitzenden des sowjetischen Staatskomitees für Außenwirtschaftliche Beziehungen, Herrn Kuljew, geführt hat, ist zu einigen bisher noch nicht ganz klaren Aspekten dieses Projekts eine erfreuliche Einigung erzielt worden. So wissen wir jetzt, daß dieses Projekt ein bilaterales Projekt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion sein wird. Wir wissen, daß die Kernkraftwerkseinheiten auf dem Territorium der Sowjetunion aufgestellt werden sollen und daß aus der Sowjetunion über Berlin (West) eine (nur eine!) direkte Stromleitung in die Bundesrepublik Deutschland führen wird.“ Vgl. Referat 421, Bd. 117691.

klärt, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion ihr Projekt bilateral vorantreiben wollen.

Breschnew bestätigte, daß es sich um ein ganzes Spinnennetz von Parallelen oder sich widersprechenden Projekten gehandelt habe, das aber demnächst aufgelöst werde. Er habe hierüber auch mit Honecker gesprochen. Die DDR habe mit Polen nur vorläufige Kontakte gehabt. Auf sowjetischer Seite habe kein Element mangelnder Bereitschaft vorgelegen, vielmehr hätten wohl die Experten nicht energisch und nicht sorgfältig genug gearbeitet. Die Idee des Projektes sei richtig, interessant und wertvoll. Es gehe um die Errichtung von zwei Atomblöcken zu je 460 Einheiten in der UdSSR. Die Dinge hätten sich verzögert, weil zunächst Patolitschew krank geworden und dann andere Fragen dazwischen gekommen seien. Er sei aber optimistisch.

14) Erdgas Iran:

Ich erklärte, daß die Bundesregierung, wie aus der Botschaft des Bundeskanzlers hervorgehe, an dem Dreiecks-Geschäft interessiert sei.

Breschnew unterbrach und bemerkte, daß nun Kossygin zurück sei²¹ und das Politbüro sich dieser Tage mit der Angelegenheit befassen und konkrete Entscheidungen treffen werde. Man hätte schon schwierigere Probleme gelöst.

Manche Vorhaben schienen am Anfang gewaltig und seien nach ihrer Verwirklichung einfach.

15) KSZE:

Zu seinen Ausführungen zur KSZE erklärte ich, daß die Bundesregierung in der letzten Zeit wiederholt gemeinsam mit ihren Verbündeten zum Stand der Verhandlungen Stellung genommen habe. Dabei habe sie einerseits festgestellt, daß ein schneller Abschluß der Konferenz erwünscht sei, andererseits eine gewisse Enttäuschung über die bisher unzureichenden Ergebnisse zum Ausdruck gebracht, die einem schnellen Abschluß entgegenzustehen schienen.

Breschnew erwiderte, er rede eine direkte Sprache. Es werde viel Überflüssiges ausgedacht. Man solle doch jetzt unterzeichnen, was schon vereinbart sei. Dann solle man mit dieser Vereinbarung zehn bis zwanzig Jahre leben und dann sehen, ob man noch etwas hinzufügen müsse.

Er erinnerte an sein Gespräch mit Pompidou, den er hoch geschätzt habe, in Pizunda²², wo man sich einig gewesen sei, daß viel Überflüssiges verhandelt würde. Er habe Pompidou von einem französischen Vorschlag unterrichtet, wonach Bücher, Zeitschriften, Theater-Aufführungen usw. ohne Rücksicht auf sowjetische Ordnung und Gesetze verbreitet werden sollten. Pompidou sei dies sehr peinlich gewesen, da er davon nicht unterrichtet gewesen sei. Bis zu seinem Tode²³ habe er es jedoch geschafft, daß der Vorschlag zurückgenommen wurde.

²¹ Ministerpräsident Kossygin hielt sich anläßlich der 28. Tagung des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 18. bis 21. Juni 1974 in Sofia auf.

²² Zu den Gesprächen des Staatspräsidenten Pompidou mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 12./13. März 1974 vgl. Dok. 88, Anm. 4.

²³ Staatspräsident Pompidou verstarb am 2. April 1974.

Breschnew entwickelte dann die übliche negative Haltung gegenüber den westlichen Vorstellungen zu Korb III.

16) Ich kam zurück auf die deutsche Haltung zur KSZE, bei der es uns im wesentlichen um drei Punkte ginge:

a) In den Katalog der Prinzipien für das Zusammenleben zwischen Staaten und Völker gehöre auch das Prinzip des Rechts souveräner Staaten, durch friedliche Übereinkommen ihre Grenzen zu ändern.

Breschnew erwiderte, daß die sowjetische Seite ja eine Formulierung vorgeschlagen habe, die auch Billigung gefunden habe.²⁴ Blatow bemerkte, daß nur noch unklar sei, an welches Prinzip sie angebunden werden solle. Breschnew fuhr fort, daß er mit dieser Problematik vertraut sei. Er bemerkte ironisch, daß, wenn die Bundesrepublik bereit sei, noch ein Stück ihres Territoriums abzugeben, dann bitte. Er könne sich aber nicht vorstellen, daß irgendein souveräner Staat bereit sei, Teile seines Territoriums abzugeben. Wenn dieses Prinzip allerdings an die Souveränität verwirklicht würde²⁵, dann glaube er, werde dies möglich sein. Aber ohne Gewalt.

Ich erwiderte, daß wir über die Gewaltlosigkeit bei der Änderung von Grenzen einig seien.

17) Als nächsten Punkt des besonderen Interesses der Bundesregierung erwähnte ich:

b) vertrauensbildende Maßnahmen: Es handele sich um eine Konferenz über Sicherheit, und die Öffentlichkeit werde wenig Verständnis haben, wenn man in diesem Zusammenhang nicht auch auf militärischem Gebiet zur Stärkung des Vertrauens beitrage.

Breschnew erwiderte (mit sich von jetzt ab steigender Erregung), daß er es gewesen sei, der ursprünglich persönlich diesen Gedanken Pompidou gegenüber vorgeschlagen habe. Er habe dies mit bester Absicht getan. Jetzt stelle der Westen alles auf den Kopf. Die sowjetische Seite habe immer Manöver durchgeführt und werde Manöver durchführen, und keiner könne ihr das verbieten. Sein Vorschlag sei gewesen, ein oder zwei Wochen vorher Manöver anzukündigen, und dies habe er Pompidou vorgeschlagen. Nun werde alles umgedreht und verlangt, die Sowjets sollten für alles Geschehen bis zum Ural Rechenschaft ablegen. Man solle wohl gar ein ganzes Ministerium einrichten, um die Bewegung jeden halben Bataillons erfassen und melden zu können? „Mit wem glaubt man denn, es zu tun zu haben? Mit einem ernsthaften Staat oder mit wem sonst?“ Er sei dann auch berechtigt, die Fortschaffung der Atomwaffen aus dem Gebiet der BRD zu verlangen, denn diese seien eine echte Gefahr für den Frieden. Die Einladung von Beobachtern zu Übungen sei in Ordnung. Aber jeder Staat müsse frei sein, die Übungen seiner Soldaten so zu gestalten, wie er es für richtig halte. Die Sowjetunion ziehe die Übungen im Freien solchen in den Kasernen vor. Manches sei an den Haaren herbeigezogen. Vertrauen bestehe jedoch nicht darin, sondern in anderem: Man müsse einander Glauben schenken und nicht papierne Garantien verlangen.

²⁴ Zum sowjetischen Vorschlag vom 25. März 1974 zum Prinzip des friedlichen Wandels vgl. Dok. 102, Anm. 7.

²⁵ So in der Vorlage.

Ich erwiderte, daß dies auch unsere Auffassung sei. Wenn er von uns Vertrauen verlange, dann müßten wir aber auch Vertrauen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und ihren Verbündeten verlangen, daß die auf ihrem Gebiet vorhandenen Atomwaffen nur für Verteidigungszwecke bereitgehalten würden. Sie stellten keine Gefahr für den Frieden dar. Breschnew: Dann könne man ja einen Vertrag, einen Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und der BRD abschließen und diesen ratifizieren. Dann habe man alle erforderlichen Garantien. Er hätte mit Brandt auf der Krim davon gesprochen – und dieser sei damit einverstanden gewesen –, daß man eine symbolische Truppenreduzierung um fünf Prozent auf allen Seiten vornehmen und dies nach einer vereinbarten Frist wiederholen solle.²⁶ Auf diese Weise würde das Gefühl des Vertrauens schrittweise zunehmen. Aber diesen Vorschlag habe man in der Versenkung verschwinden lassen. Man brauche eine Riesengeduld und es koste auch große Mühe, die Bürokratie zu überwinden.

Es sehe so aus, als ob sich die Sowjets immer gegen alle anderen stellen. In Wirklichkeit machten sie aber ihre Vorschläge in den edelsten Absichten. Die Amerikaner hätten Atomwaffen und setzten das Wettrüsten fort. Frankreich wolle eine selbständige Politik machen mit eigenen Atomwaffen, die es für die Verteidigung seines Vaterlandes brauche. Auf dem Gebiet der BRD befänden sich Atomwaffen. Die Chinesen schafften sich ihre Atomwaffen. Von der Sowjetunion aber verlange man – „weiß es der Teufel“ – einseitige Leistungen. Die Sowjets hätten in den Vereinten Nationen Vorschläge bis hin zur totalen Abschaffung aller Kernwaffen unterbreitet. Dies sei abgelehnt worden. Die andere Seite habe selbst einen Mangel an Vertrauen, verlange aber von der sowjetischen Seite ein Übermaß an Vertrauen. Er sei temperamentvoll und sage unverblümt die Wahrheit. Keiner habe in den letzten zehn Jahren mehr für den Frieden getan als die Sowjetunion.

Auf meinen Einwand, daß auch wir uns um den Frieden bemüht hätten, erklärte Breschnew, daß die Politik von Bundeskanzler Brandt und das, was er getan hat, nicht aus der Geschichte gestrichen werden könne. Wenn Bundeskanzler Schmidt die gleiche Politik verfolge, dann hätte die BRD zwei große Männer, die er für ihren Sinn für Realität hochachte.

18) Als letzten Punkt des besonderen deutschen Interesses an der KSZE wollte ich auf Korb III zu sprechen kommen und betonte, daß unsere Öffentlichkeit die Frage der Verbesserung menschlicher Kontakte sehr ernst nehme.

Breschnew mißverstand den Sinn meiner Bemerkung und bezog sie auf die Familienzusammenführung. Die Sowjetunion sei mit Verständnis an diese Frage, die auch Bundeskanzler Brandt erwähnt habe, herangegangen und habe die Ausreise von Sowjetbürgern deutscher Nationalität in die Bundesrepublik Deutschland gefördert. Viele hätten die Ausreisegenehmigung erhalten.

Er habe diese Frage auch mit Honecker besprochen, der angegeben habe, auch entsprechende Verhandlungen zu führen. Dieser Prozeß sei im Gange.

²⁶ Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 16. bis 18. September 1971 zu Gesprächen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Oreanda auf. Vgl. dazu AAPD 1971, II, Dok. 310, Dok. 311, Dok. 314 und Dok. 315.

Ich antwortete, daß wir Breschnews Mitwirkung in der Frage der Familienzusammenführung hoch zu schätzen wüßten, daß ich meine Bemerkungen aber in erster Linie auf die Europäische Sicherheitskonferenz bezogen hätte.

19) Da das Gespräch dem Ende zuing, bemerkte ich gewissermaßen abschließend, daß ich verstanden hätte, daß er über die Berlin (West) betreffenden Fragen heute nicht sprechen wolle. Im übrigen bedankte ich mich für seine Mitteilungen über das Gespräch mit Honecker, die der Bundeskanzler sicher mit großem Interesse zur Kenntnis nehmen werde.

20) Breschnew verstand nicht, daß ich dies letztere auf die früheren Ausführungen zu Honecker (Ziffer 7) bezogen hatte, und ging erneut auf die Familienzusammenführung ein. Honecker habe ihm gesagt, daß jedes Jahr um die hundert Familien in beiden Richtungen vereinigten. Auch habe Honecker über die Erleichterungen im Besucherverkehr und über viele Millionen Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR gesprochen.

Auf meinen Einwurf, daß diese Zahlen seit der Erhöhung des Zwangsumtausches²⁷ erheblich zurückgegangen seien, erkundigte sich Breschnew, um welche Beträge es gehe und in welchem Verhältnis sie zum Durchschnittslohn eines Arbeiters stünden. Auf meinen Hinweis, daß DM 20,- pro Tag und Person für einen Arbeiter viel Geld bedeuteten, führte er das Thema nicht fort.

21) Breschnew schloß das Gespräch mit der erneuten Bitte um Übermittlung seiner besten Wünsche an den Bundeskanzler. Er glaube, daß man sich treffen werde. Dieses Treffen werde das Niveau der gegenseitigen Beziehungen auf eine noch höhere Stufe stellen, wenn beide Seiten sich gegenseitig Hochachtung und Vertrauen entgegenbrächten und im Geiste der geschlossenen Verträge begegneten.

22) Mit der Bitte, dies nicht zu notieren, führte Breschnew etwa aus, daß es nach dem Erlebnis des Krieges und den schweren Verlusten an Menschen und für die Wirtschaft sehr schwer gewesen sei, diese politische Linie einzuschlagen. Er hätte im Krieg viel, vielleicht zuviel gesehen. Es sei aber richtig und notwendig, eine Wiederholung des Vergangenen zu verhindern und für eine bessere Zukunft zu arbeiten.

Hierzu bemerkte ich, daß dies genau den Gedanken entspreche, die der damalige Bundesminister Schmidt bei dem Essen im Hause des Bundeskanzlers auf dem Venusberg entwickelt habe.

23) Bei der Verabschiedung zeigte mir Breschnew ein ihm kürzlich zugegangenes Photo, das ihn bei der Siegesparade in Moskau im Juni 1945 als General zeigte. Ich erinnerte dran, daß unsere heutige Begegnung am 22. Juni stattfindet, worauf er erzählte, wie er den Kriegsausbruch erlebte (vgl. seinen Bericht bei dem Essen bei Bundeskanzler Brandt).

24) Bei der Begrüßung hatte Breschnew die linke Hand verwendet, da er die rechte wegen Schmerzen in der Schulter nicht benutzen könne. Er hatte in leichtes Zucken in der rechten Gesichtshälfte und rauchte zwar nicht übermäßig, aber entgegen dem Rat seines Arztes. Am Anfang entschuldigte er sich ausdrücklich, daß er mich so lange hätte warten lassen, dies habe mit seinem

²⁷ Zur Neuregelung des Mindestumtauschs für die Einreise in die DDR vgl. Dok. 11, Anm. 11.

allgemeinen Gesundheitszustand zu tun, der dazu führe, daß er nur zur Erledigung der dringlichsten Geschäfte für jeweils ein bis zwei Stunden ins Büro komme.

Seine üblicherweise schon recht undeutliche Sprechweise war diesmal nicht besser.

Sein Verhalten war gelockert und entgegenkommend und mir gegenüber freundlich. Seine gelegentliche Erregung wich schnell humorvollen Reaktionen. So sagte er an einer Stelle, er wolle weder mit der BRD noch mit mir zanken, er wolle überhaupt nicht zanken. Er drückte die Hoffnung aus, mich in Zukunft öfter zu sehen. Gegen 13.00 Uhr hatte er offensichtlich einen anderen Termin, den er jedoch während unseres Gesprächs verschieben ließ.

25) Ich habe das Gespräch absichtlich so wiedergegeben, wie es abgelaufen ist, mit allen Unklarheiten.

Seine Gedankenführung war nicht immer verständlich, da er wohl von Vorgängen und Gedanken erfüllt war, deren Zusammenhänge mir teilweise verborgen blieben. Auch sein oben dargestelltes gelegentliches Mißverstehen dürfte darauf zurückzuführen sein, daß er an einem bestimmten Gedanken festhielt. So mag er erwartet haben, daß ich der Frage der Familienzusammenführung bei diesem Gespräch eine bevorzugte Bedeutung einräumen wollte, obwohl ich davon gar nicht gesprochen habe.

Zusammenfassend möchte ich das Gespräch als freundlich und für unsere Beziehungen positiv bezeichnen.

[gez.] Sahn

VS-Bd. 10139 (213)

186

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Tito

24. Juni 1974¹

Dolmetscheraufzeichnung über das Gespräch zwischen Herrn Bundeskanzler und Präsident Tito vom 24. Juni 1974, 16.00 – 17.15 Uhr.²

Der *Bundeskanzler* begrüßt den Präsidenten als willkommenen Gast und würdigt den Besuch als bedeutendes Ereignis in der positiven Entwicklung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen. Er geht sodann zur Darstellung der Konzeption der deutschen Außenpolitik über und betont, daß diese sich nahezu un-

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Loeck gefertigt. Hat Bundesminister Genscher am 25. Juni 1974 vorgelegen.

² Staatspräsident Tito hielt sich vom 24. bis 27. Juni 1974 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch vgl. auch SCHMIDT, Nachbarn, S. 546–550.

verändert auf der von der Regierung Brandt geschaffenen Bahn weiterbewege und bewegen werde. Dies gelte sowohl für die Stellung im atlantischen Bündnis wie für die deutsche Ostpolitik einschließlich der von uns auf der KSZE verfolgten Linie, ebenso aber für die Politik gegenüber der Dritten Welt und spezifisch gegenüber Jugoslawien. Gewisse neue Aspekte hätten sich gegenüber der DDR ergeben. Die innerdeutschen Beziehungen hätten durch die Guillaume-Affäre³ gelitten. Dennoch hätten die Staatssekretäre Gaus und Kohl ihre Tätigkeit aufgenommen.⁴ Innerhalb des Europas der Neun stünden wir neuerdings vor erheblichen Schwierigkeiten. Insbesondere Italien und Großbritannien seien durch Zahlungsbilanzkrisen, die durch die Erdölproblematik verschärft worden seien, schwer betroffen. Auch Frankreich habe wirtschaftlich zu kämpfen. Zur deutschen Politik stellt der Bundeskanzler abschließend fest, daß seine Sorgen mehr auf innen- als auf außenpolitischem Gebiet lägen.

Der *Präsident* erkundigt sich nach der Lage in Italien.

Der *Bundeskanzler* schildert die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes und weist darauf hin, daß die permanente Schwäche der italienischen Regierungen die Lösung der wirtschaftlichen Probleme stärkstens behindere.

Der *Präsident* bedauert dies seinerseits und fügt die Frage hinzu, ob die Wahl des neuen französischen Staatspräsidenten⁵ eine Änderung der französischen Politik bewirken werde.

Der *Bundeskanzler* erläutert, daß die französische Haltung zum europäischen Integrationsprozeß aufgeschlossener geworden sei. Gegenüber USA stelle sich Frankreich jetzt flexibler ein.

Der *Präsident* fragt, wie der Bundeskanzler zur Dritten Welt stehe.

Der *Bundeskanzler* erwidert, daß er die Unterschiede der Interessen und Positionen der zur Dritten Welt gehörigen Länder, auch die besondere Lage Jugoslawiens, sehr wohl sehe. Er glaube, daß die Dritte Welt insgesamt eine wichtige Rolle in der Weltpolitik spiele. Nach einem erfolgreichen Abschluß der KSZE werde die Dritte Welt eher noch an Bedeutung gewinnen.

Der *Präsident* schließt hieran seine eigene ausführliche Beurteilung weltpolitischer Probleme.

Im Nahen Osten sei nichts gelöst. Was Kissinger erreicht habe, sei nur ein erster Schritt. Die israelischen Führer wollten aber nicht weiter gehen. Die Genfer Gespräche⁶ stünden unter einem Fragezeichen. Er sehe keine schnelle Lösung. Ihm gefalle die israelische Revanche-Politik nicht. Andererseits fänden sich die Araber jetzt erneut zusammen, schon um Libanon militärisch und finanziell zu helfen. Da Kissingers Erfolge in Frage gestellt seien, erstrebe Sadat die Intervention Nixons. Dieser solle die Israelis veranlassen, Libanon nicht

³ Zur Affäre um den Referenten im Bundeskanzleramt, Guillaume, vgl. Dok. 159, Anm. 2.

⁴ Die Ständigen Vertretungen in Bonn und Ost-Berlin wurden am 2. Mai 1974 eröffnet. Vgl. dazu BULLETIN 1974, S. 446.

Zur Übergabe der Beglaubigungsschreiben des Staatssekretärs Gaus, Bundeskanzleramt, und des Leiters der Ständigen Vertretung der DDR, Kohl, am 20. Juni 1974 vgl. Dok. 152, Anm. 8.

⁵ Valéry Giscard d'Estaing wurde am 19. Mai 1974 im zweiten Wahlgang mit 50,81 % der Stimmen zum Präsidenten der Französischen Republik gewählt.

⁶ Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 10, Anm. 9.

weiter anzugreifen.⁷ Nixon habe sich widersprüchlich verhalten. Er habe sowohl den Arabern wie den Israelis viel versprochen. Jetzt müsse man abwarten, was bei dem bevorstehenden Treffen zwischen Nixon und Breschnew in Moskau⁸ geschehe. Breschnew sei sehr unzufrieden über die Sechs-Punkte-Ab-sprache zwischen Sadat und Kissinger⁹, da diese ohne Moskaus Teilnahme zustande gekommen sei. Er habe nachträglich Gromyko nach Kairo geschickt¹⁰ und damit gezeigt, daß die Sowjets sich nicht aus dem Nahen Osten hinausdrücken lassen wollten. Dies alles gehe auf Kosten der Entspannung. Breschnew habe den Arabern sehr viel gegeben. Falls der sowjetische Einfluß in Nahost dennoch geschwächt werde, würden sich für Breschnew innenpolitische Probleme ergeben. Gegenüber dem Treffen Nixon-Breschnew sei mehr Pessimismus als Optimismus am Platze. Nixon habe das NATO-Treffen¹¹ als Trumpf für seine Moskaureise benötigt. Der Text der Atlantischen Erklärung¹² erscheine ihm, Tito, besser als die frühere Erklärung. Was könne Nixon aber noch mitnehmen? Die Mehrheit der amerikanischen Parlamentarier wolle ihn doch loswerden. Wenn es in Genf nicht zu der Lösung komme, daß Israel sich aus den besetzten Gebieten zurückziehe, würden die arabischen Länder sich erneut gegen Israel einigen. Es sei schade, daß Präsident Assad erst in den nächsten Wochen nach Belgrad komme¹³, weil das Gespräch mit ihm sicherlich ein klareres Bild vermitteln werde. Es scheine so, als ob Syrien sich verhärtet habe.

Die Blockfreien hätten in Algier beschlossen, daß man einen Fonds für gegenseitige Hilfe, verbunden mit einer Bank, gründe.¹⁴ Dies sei nötig, um den

⁷ Als Vergeltungsmaßnahme für den Überfall auf ein Wohnhaus in der israelischen Grenzstadt Kirjat Shmoneh am 11. April 1974, bei dem Palästinenser 18 Menschen töteten, führten israelische Spezialeinheiten in der Nacht vom 13. zum 14. April 1974 Gegenschläge in sechs Dörfern im Südlibanon durch. Dabei wurden zwei Personen getötet und 13 weitere nach Israel verbracht. Vgl. dazu den Artikel „Lebanese Fear More Attacks After Israeli Raiders Kill 2“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 15. April 1974, S. 1.

Am 13. Juni 1974 verübten Palästinenser einen Anschlag auf den unweit der Grenze zum Libanon gelegenen Kibbuz Shamir, bei dem neben den Angreifern drei weitere Menschen ums Leben kamen. Daraufhin griffen Einheiten der israelischen Luftwaffe vom 18. bis 20. Juni 1974 im Rahmen einer Politik „vorbeugender Angriffe“ palästinensische Basen im südlichen Libanon an. Dazu hieß es in der Presse aus israelischen Regierungskreisen: „The sources explained that the raids – the heaviest in the populated areas of Lebanon since the war last October – reflected a specific decision of the government to apply the maximum possible pressure on the guerillas based in Lebanon. The raids, the government sources said, were intended to disrupt the guerilla organizations by striking at their headquarters, and to pressure the Lebanese government into taking steps to curb commando activity.“ Vgl. den Artikel „Israel Adopts a Policy Of Pre-Emptive Raids“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 21. Juni 1974, S. 1.

⁸ Präsident Nixon hielt sich vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 197, Dok. 199 und Dok. 200.

⁹ Für den Sechs-Punkte-Plan vom 11. November 1973 vgl. Dok. 14, Anm. 4.

¹⁰ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 27. Februar bis 5. März 1974 in Syrien und Ägypten auf.

¹¹ Zur Sitzung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 26. Juni 1974 in Brüssel vgl. Dok. 191.

¹² Zur Erklärung über die Atlantischen Beziehungen vom 19. Juni 1974 vgl. Dok. 183 und Dok. 191.

¹³ Präsident Assad hielt sich vom 14. bis 16. August 1974 in Jugoslawien auf.

¹⁴ Die Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten des Koordinierungsbüros der Blockfreien Staaten fand vom 19. bis 22. März 1974 statt. Dazu wurde in der Presse berichtet: „The communiqué said the executive commission believed that the international community must urgently proceed to a radical transformation of the structure of economic relations, which have been based up to now on inequality, domination and exploitation, and establish a new economic order founded on equality and the mutual interest of the partners, fully taking into account the existing disparity between

durch die Erdölpreiserhöhung besonders betroffenen Ländern zu helfen. Auch Jugoslawien müsse jetzt 500 Mio. Dollar jährlich mehr für Öl ausgeben. Es verfüge aber immerhin über Verarbeitungskapazitäten. Manche Entwicklungsländer besäßen auch diese nicht. Für diese Länder sei der schon geschaffene Fonds bestimmt. Kuwait habe mit einem Beitrag von 150 Mio. Dollar wertvolle Starthilfe geleistet. Ein Teil des Superprofits, der den arabischen ölfördernden Ländern durch die erhöhten Ölpreise zufließe, solle an diese Bank weitergegeben werden, damit sie entsprechende Kredite geben könne. Nach jugoslawischer Auffassung müßten hieran auch europäische Länder mitwirken. Diese Art der Finanzierung sei die gegebene Form, um den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und auch Lateinamerikas zu helfen.

Die Zusammenarbeit auf dritten Märkten biete wichtige Möglichkeiten für eine deutsch-jugoslawische Kooperation. Jugoslawien verfüge über eine große Zahl an Aufträgen aus Entwicklungsländern, habe aber nicht genügend Kapital. Es würde daher gern mit deutschem Kapital zusammenarbeiten und hierbei sein erhebliches Prestige in der Dritten Welt einbringen. Dies würde auch dazu helfen, das Bild Europas in Afrika, das gegenwärtig nicht besonders gut sei, zu verbessern, zumal die deutschen Erzeugnisse überall einen hervorragenden Ruf hätten.

Gegenüber den afrikanischen Ländern bedürfe es einer dauerhaften Politik. Kolonialismus zahle sich nicht aus. Das Beispiel Portugal habe Hoffnungen geweckt.¹⁵ Andererseits müsse man aber auch verlangen, daß die afrikanischen Länder flexibler würden und nicht verlangten, daß alle ihre Wünsche über Nacht erfüllt würden. Sonst würde die neue portugiesische Regierung in innere Schwierigkeiten geraten. Diese habe in Belgrad die Aufnahme diplomatischer Beziehungen angeregt. Er habe dem Wunsch sogleich entsprochen.¹⁶ Jugoslawien habe die afrikanischen Befreiungsbewegungen finanziell und durch Waffenlieferungen unterstützt, deshalb habe es ein Recht, von den Afrikanern Flexibilität zu verlangen. Gerade wegen der Aussicht auf Dekolonisierung des bisher portugiesischen Teils Afrikas müßten wir Europäer in Afrika anwesend sein.

Fortsetzung Fußnote von Seite 811

the level of development of the industrialized countries and the Third World.' It said that the nonaligned countries must examine the possibility of establishing an equitable relation between the prices of products exported by the developing countries and the prices of materials which they import, with a view to bettering the terms of exchange which have never stopped deteriorating.' Ferner sei beschlossen worden, daß Liberia, Guyana, Sri Lanka und Nepal im Namen der Blockfreien Staaten Gespräche mit der OPEC über die Folgen der Ölpreiserhöhungen für die Entwicklungsländer führen sollten. Vgl. den Artikel „Nonaligned Countries Urge Overhaul of World Economy“, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 23. März 1974, S. 1.

¹⁵ Nach dem Regierungsumsturz in Portugal am 25. April 1974 stellte Präsident de Spínola am 16. Mai 1974 eine provisorische Zivilregierung unter Ministerpräsident da Palma Carlos vor. Am selben Tag lud de Spínola die Führer der Unabhängigkeitsbewegungen in den afrikanischen Gebieten Portugals zu Gesprächen nach Lissabon ein und sicherte ihnen freies Geleit zu. Vgl. dazu die Meldung „Spínola lädt Rebellenführer nach Lissabon ein“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. Mai 1974, S. 5.

Ebenfalls am 16. Mai 1974 reiste der portugiesische Außenminister Soares zu Gesprächen mit dem Generalsekretär der Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln, Pereira, nach Dakar. Dabei wurde die Aufnahme von Verhandlungen über einen Waffenstillstand am 25. Mai 1974 in London vereinbart. Vgl. dazu den Artikel „Erste Kontakte Lissabons zu den Freiheitsbewegungen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. Mai 1974, S. 1.

¹⁶ Portugal und Jugoslawien vereinbarten am 10. Juni 1974 die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Zu den deutsch-jugoslawischen bilateralen Beziehungen sei zu bemerken, daß sie sich seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen¹⁷ mit Hilfe der Regierung Brandt außerordentlich positiv und freundschaftlich entwickelt hätten. Sein Besuch stelle die Krönung dieser Entwicklung dar. Jetzt ginge es darum, nach Möglichkeiten zu suchen, um die Grundlagen der Zusammenarbeit noch mehr zu verbreitern. Ein wichtiges Bindeglied seien die zahlreichen in der Bundesrepublik tätigen Gastarbeiter. Es habe die jugoslawische Seite nicht gestört, daß die in der Landwirtschaft freigesetzten Kräfte abgewandert seien. Anderes gelte für die jugoslawischen Facharbeiter, die in Deutschland Beschäftigung gesucht hätten. Immerhin sei es ein Vorteil, daß auch diese Arbeiter in der Bundesrepublik Disziplin lernten.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob aus der Sicht des Präsidenten zu viele jugoslawische Arbeiter in die Bundesrepublik abgewandert seien.

Der *Präsident* erwidert, daß viele dringend in Jugoslawien gebraucht würden. Sie hätten jedoch volle Freiheit zu arbeiten, wo sie wollten. Ein großer Teil sei zurückgekommen. Man benötige allerdings noch mehr qualifizierte Rückwanderer. Die Bundesrepublik sollte in Jugoslawien mehr investieren, damit jugoslawische Rückwanderer in Jugoslawien selbst in ihren bisherigen Branchen weiter arbeiten könnten. Eine solche Absprache, von der die zukünftige Entwicklung unserer Beziehungen beeinflußt werde, sei auch mit Willy Brandt getroffen worden. (Der Präsident fügte scherzhaft hinzu, wichtig für die Entwicklung der Beziehungen sei auch, daß die jugoslawische Fußballmannschaft am 26. siege!¹⁸)

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß die Problematik der Rohstoffversorgung und der Dekolonisierung wichtig und nicht ohne inneren Zusammenhang sei. Ihm liege daran, dem Präsidenten noch einige Fragen über seine Einschätzung der künftigen Entwicklung der sowjetischen Politik zu stellen. Nixon benötige gegenwärtig 90 % seiner Arbeitskraft, um mit inneren Problemen fertig zu werden. Die amerikanische Außenpolitik liege gegenwärtig hauptsächlich in den Händen Kissingers.

Der *Präsident* erklärt, in Nahost müsse bis Herbst eine Regelung gefunden werden.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er glaube nicht, daß dies in so kurzer Zeit möglich sei. Er habe bisher im Gegensatz zu der Darstellung des Präsidenten geglaubt, daß das Vorgehen der USA in Nahost mit der Sowjetunion abgestimmt sei. Da der Präsident dargelegt habe, daß die sowjetische Nahostpolitik durchaus Rückwirkungen auf die innere Entwicklung der Sowjetunion haben könne, sei zu fra-

¹⁷ Die Bundesrepublik und Jugoslawien stellten am 31. Januar 1968 die diplomatischen Beziehungen wieder her. Vgl. dazu AAPD 1968, I. Dok. 31.

¹⁸ Am 26. Juni 1974 spielten im Rheinstadion in Düsseldorf in der zweiten Finalrunde der Fußball-Weltmeisterschaft die Bundesrepublik und Jugoslawien gegeneinander. Das Spiel endete 2:0 für die Bundesrepublik durch Tore von Breitner (38. Minute) und Müller (77. Minute). Zum Spiel der Mannschaft von Bundestrainer Schön schrieb die Presse: „Sie hat sich mit dem 2:0 über Jugoslawien wieder in die Herzen all derer gespielt, die schon mit Pech und Schwefel hantierten. Der Wind schlug so heftig um, daß die tapferen Jugoslawen schließlich völlig zerzaust das Feld verließen.“ Vgl. den Artikel „Nach einem großen Kampf ein 2:0-Sieg über die Jugoslawen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Juni 1974, S. 11.

gen, ob Breschnew auch wegen seiner Westpolitik mit inneren Schwierigkeiten rechnen müsse.

Der *Präsident* erklärt dazu, daß Breschnew nicht nur Chruschtschows Entspannungspolitik fortgesetzt habe, sondern mit der KSZE darüber hinauszugehen suche. Im Nahen Osten habe er den Arabern durch gewaltige Waffenlieferungen helfen wollen und dort viele Investitionsprogramme übernommen. Wenn Breschnew jetzt weder in Nahost noch auf der KSZE etwas erreiche, werde er auch zu Hause alles verlieren. Der *Präsident* berichtete von seinen Bemühungen, auf die Araber mäßigend einzuwirken. 1967 habe er in einer Sitzung mit der gesamten Regierung Nasser in Kairo¹⁹ versucht, den Ägyptern nahezubringen, daß sie Israel de facto anerkennen und zu ihnen irgendwelche Beziehungen herstellen müßten. Es sei unmöglich, sie ins Meer zu werfen. Für die Ägypter sei es zunächst schwer gewesen, dies zu akzeptieren. Erst auf dem Flugplatz habe ihm Nasser erklärt, daß er recht habe. Aber dann hätten sich die Ägypter nicht entsprechend verhalten. Als es im Oktober erneut zum Krieg gekommen sei²⁰, habe Jugoslawien den Arabern durch Lieferung von 150 Panzern, zahlreichen Panzerabwehrwaffen und anderen Kriegsmaterials geholfen. Er habe aber immer den Standpunkt vertreten, daß es zu einem Verhandlungsfrieden kommen müsse. Sadat habe damals einen großen Fehler gemacht, als er die israelische Verteidigungslinie angriff, die wie eine Maginotlinie ausgebaut gewesen sei.

Der *Bundeskanzler* fragt, weshalb Sadat die Russen aus Ägypten hinausgedrückt habe.²¹

Der *Präsident* erwidert, auch dies sei ein Fehler Sadats gewesen. Die Sowjets hätten sich zwar in alle internen Dinge Ägyptens hineingemischt; sie hätten aber die ägyptische Armee geschaffen und die untätigen Araber durch ständigen Druck zu gründlicher Ausbildung ihrer Streitkräfte veranlaßt.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob Ghadafi in seinem Streit mit Sadat Recht habe.

Der *Präsident* antwortet, Ghadafi sei allzu besessen von seiner Religion. Er verfüge über viel Geld und glaube, daß man damit alles machen könne. Er werde sich aber gewiß mit Sadat verständigen.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob Ghadafi immer noch die Macht in Libyen in der Hand habe.

Der *Präsident* entgegnet, daß Ghadafi im Vollbesitz der Macht sei. Der Regierungschef Jalloud sei ein flexibler Politiker, folge aber doch den Weisungen Ghadafis.

Saudi-Arabien sei im Gegensatz zu Ägypten fest entschlossen, Israel zu vernichten. Dies hätten die Saudi-Araber sogar den Vereinigten Staaten erklärt,

¹⁹ Staatspräsident Tito hielt sich im Rahmen einer Nahost-Reise vom 10. bis 12. August und erneut am 16./17. August 1967 in der VAR auf.

²⁰ Am Mittag des 6. Oktober 1973, dem israelischen Feiertag Jom Kippur, begannen ägyptische Angriffe am Suez-Kanal auf das Sinai-Gebiet sowie syrische Angriffe auf israelische Stellungen auf den Golan-Höhen.

²¹ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Sadat am 18. April 1974 im ägyptischen Parlament; Dok. 124, Anm. 17.

mit denen sie doch besonders verbunden seien. Er habe sich verschiedentlich mit Nahum Goldmann getroffen. Dieser sei mit seiner Nahost-Konzeption (Rückzug aus den besetzten Gebieten und israelische Beteiligung mit US-Kapital am Wiederaufbau der arabischen Länder) sehr einverstanden gewesen und habe Tito seinerzeit gebeten, in Kairo zu vermitteln.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß Goldmann wegen seiner vernünftigen Haltung in Israel seinen Einfluß verloren habe.

Tito erklärt, daß er sich erneut mit Goldmann treffen wolle. Jetzt hänge viel vom weiteren Verhalten der Großmächte ab. Die wichtigste Rolle spiele das Erdöl. Alle Länder der Nahost-Region bewaffneten sich weiter. Der iranische Kaiser²², zu dem er gute persönliche Beziehungen unterhalte, habe ihm erklärt, Iran sei bisher immer „das Kleingeld zum Wechseln“ gewesen. Jetzt wolle es stark genug werden, um jedem Druck zu widerstehen. Saudi-Arabien habe große Mengen Flugzeuge gekauft.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, es fehle jedoch am Entscheidenden, nämlich den ausgebildeten Piloten.

Der *Präsident* erklärt, er schaue mit Sorge in die Zukunft. Die Israelis begingen schwere Fehler. Es sei möglich, daß die Araber jetzt zu gewissen Opfern bereit seien. Dies werde jedoch nicht auf ewig so sein. Man sei an einem gefährlichen Punkt angelangt. Er habe immer erklärt, daß es ohne Sicherheit im Mittelmeer auch keine europäische Sicherheit gebe. Damit hätten sich die Russen nicht einverstanden erklärt.

Der *Bundeskanzler* äußert ebenfalls die Ansicht, daß es entscheidend auf die Großmächte ankomme, aber auch andere müßten beitragen. Die Europäische Gemeinschaft der Neun bemühe sich, mit den Arabern in ein konstruktives Gespräch zu treten.²³ Gegenüber Israel befinde sich die Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Geschehnisse der Vergangenheit in besonderer Lage.

Der *Präsident* stellt fest, daß man ohne die Palästinenser nichts mehr regeln könne. Sadat sei bereit, den Gazastreifen herzugeben, um ihn mit Cis-Jordanien zu einem palästinensischen Staat zu verbinden. Amerika wolle aber nicht, daß Cis-Jordanien zu einem palästinensischen Staat geschlagen werde, sondern daß es bei Jordanien verbleibe. Mit Jordanien hätten aber wiederum die Palästinenser schlechte Erfahrungen gemacht.

Der *Bundeskanzler* schlägt abschließend vor, in den beiden Vier-Augen-Gesprächen mit dem Präsidenten folgende Themen zu behandeln:

Im ersten Gespräch: Weltwirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung der Rohstoff-, Erdöl- und Preisentwicklungs-Problematik sowie die beiderseitige wirtschaftliche Lage.²⁴ Im zweiten Gespräch: Beiderseitige Beurteilung der weltpolitischen Lage.

²² Schah Reza Pahlevi.

²³ Vgl. dazu den Beschluß der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 10./11. Juni 1974 über einen europäisch-arabischen Dialog; Dok. 167.

²⁴ Für das Gespräch am 25. Juni 1974 vgl. Dok. 188.

In der Plenarsitzung²⁵ sollten sodann entsprechend der Anregung des Präsidenten u. a. die Problematik der Dritten Welt und Fragen der Entwicklungshilfe besprochen werden.²⁶

Referat 010, Bd. 562

187

Runderlaß des Ministerialdirektors van Well

201-360.90 USA-2367/74 geheim
Fernschreiben Nr. 2513 Plurex
Cito

24. Juni 1974¹
Aufgabe: 25. Juni 1974, 11.51 Uhr

Betr.: Kissinger-Bericht über die bevorstehende Moskau-Reise von Präsident Nixon² in der vertraulichen Sitzung der NATO-Ministertagung am 18.6. in Ottawa³

I. Allgemeine Vorbemerkungen

Dr. Kissinger begrüßte die Möglichkeit, vor der Reise nach Moskau seine Kollegen zu sprechen. Die Entspannung sei kein Ersatz für die Allianz. Die amerikanische Regierung werde bei den Gesprächen in Moskau absichtlich keine Interessen der Allianz beeinträchtigen. Andererseits sei das Bemühen um Entspannung von größter Bedeutung. Man müsse der Öffentlichkeit unter Beweis stellen, daß man sich ernsthaft bemüht, das Wettrüsten unter Kontrolle zu bringen; sonst würde sich die Gefahr der Fehleinschätzung vergrößern. Die amerikanische Regierung gebe sich keinen Illusionen über die sowjetischen Zielsetzungen hin. Dennoch stelle das Engagement der sowjetischen Führung zugunsten der Entspannung ein Element der Selbstbeschränkung dar, das dazu beitragen könne, Krisen zu vermeiden, und das in Krisenzeiten ein zusätzliches Element der Zurückhaltung sein könne. So hätten zum Beispiel arabische Regierungen sich darüber beklagt, daß die Sowjetunion ihnen in der Oktober-Krise unter Hinweis auf die sowjetische Selbstbeschränkung im Interesse der Entspannung nicht genügend geholfen hätte. Die gegenwärtige sowjetische Führung habe beträchtliches Prestige in die Entspannungspolitik investiert. Wenn die gegenwärtige sowjetische Führung damit scheitere, so werde das ernste Konsequenzen haben. Ziel des Westens müsse es sein, auf die sowjetische Füh-

²⁵ Für das Gespräch am 26. Juni 1974 im erweiterten Kreis vgl. Dok. 190.

²⁶ Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sprechzettel.“

¹ Hat Ministerialdirigent Simon vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pfeffer am 26. Juni 1974 vorgelegen.

² Präsident Nixon hielt sich vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 197, Dok. 199 und Dok. 200.

³ Zur NATO-Ministerratstagung am 18./19. Juni 1974 vgl. Dok. 183.

rung den größtmöglichen Einfluß zugunsten eines gemäßigten Kurses auszuüben. Der Westen solle vermeiden, die gegenwärtige sowjetische Führung vollständig zu frustrieren.

Welche Aktion die Vereinigten Staaten auch immer in MBFR oder KSZE unternehmen würden, so würde diese Aktion stets das Ergebnis von NATO-Konsultationen sein, nicht jedoch von bilateralen Arrangements.

II. Der Stand der SALT-Verhandlungen

Wenn behauptet werde, daß die Vereinigten Staaten SALT I⁴ zu schnell abgeschlossen hätten, so sei dies unzutreffend. 1972 habe die Sowjetunion ein Programm für landgestützte Raketen (90 pro Jahr) laufen gehabt, nicht jedoch die USA. 1972 habe die Sowjetunion auch ein Programm für Atom-Unterseeboote (neun pro Jahr) laufen gehabt, die USA jedoch nicht. Die militärische Führung in Washington habe an solchen Programmen seinerzeit kein Interesse gezeigt. SALT I habe deshalb zwei sowjetische Programme angehalten und kein einziges amerikanisches Programm. Im Gegenteil, die Vereinigten Staaten waren imstande, zwei Programme zu beschleunigen, die der Senat vorher abgelehnt hatte.⁵

Die Kritiker behaupten auch, daß die bei SALT I abgesprochenen Zahlen für die USA ungünstig seien. Dies treffe jedoch nicht zu, wenn man die SLBM, die B-52 und das Mirven der Minutemen einrechnet. Hinzu kommen ferner die FBS. So seien die FBS bei den Verhandlungen nicht mitgezählt worden, dennoch müßten die Sowjets in ihrer strategischen Planung auf sie Rücksicht nehmen. In Wirklichkeit hätte sich der Vorteil der Vereinigten Staaten in der Zahl der Gefechtsköpfe seit Abschluß von SALT I verbessert (900). Daß die amerikanischen Raketen kein höheres Wurfgewicht hätten, sei eine eigene amerikanische Entscheidung. Die Vereinigten Staaten hätten nach wie vor die Option, eine stärkere Rakete zu bauen. Es läge ausschließlich in amerikanischer Hand, den Umfang⁶ ihrer strategischen Raketen zu bestimmen.

Falls die Sowjetunion in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren ihren Vorteil im Wurfgewicht umsetzen sollte in Mehrfachsprengköpfe⁷, so würde das nur dann den jetzigen amerikanischen Vorteil zum Verschwinden bringen, wenn die Vereinigten Staaten in der Zwischenzeit die Hände in den Schoß legten.

Es gehöre zu den schwierigsten Dingen der Sicherheitspolitik, die strategischen Streitkräfte zum eigenen politischen Vorteil einzusetzen. Hier spielten Dinge wie die Herstellung des Alarmstatus eine Rolle. Was begrenzt werden müsse, sei die Zahl der Mehrfachsprengköpfe. Bis 1984 könnte jede Seite etwa 10000 Gefechtsköpfe haben, und dies bei einer geringeren Zahl von Raketen und bei

⁴ Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.

Vgl. auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

⁵ Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pfeffer angeschlängelt.

⁶ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pfeffer hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

⁷ Der Passus „Falls die ... Mehrfachsprengköpfe“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pfeffer angeschlängelt.

einer größeren Zielgenauigkeit.⁸ Wenn man diese Entwicklung nicht unter Kontrolle bringen würde, könne die Gefahr eines ersten Schlages sich erhöhen.⁹ Die nächsten 18 Monate seien für das Bemühen um Beschränkung der Zahl der Gefechtsköpfe entscheidend.

Zu FBS sei anzumerken, daß man diese Systeme nicht unberücksichtigt lassen könne, wenn Zahlen diskutiert werden. FBS stünde jedoch jetzt nicht auf der Tagesordnung. Aber auf längere Sicht müsse man sich damit befassen. In einem Permanent Agreement werde das Problem der FBS berücksichtigt werden müssen dadurch, daß es formell oder stillschweigend in die Verhandlungen einbezogen werde. Er sei jedoch der Auffassung, daß es sehr riskant sei, im Rahmen von SALT über in Europa stationierte Waffensysteme zu verhandeln. Die Vereinigten Staaten sollten mit der psychologischen Lage in Europa sehr vorsichtig umgehen. FBS sollte daher als ein Allianzproblem betrachtet und zu gegebener Zeit, wenn man sich dem Problem stellen muß, bei MBFR mitverhandelt werden.

Die Meinungsverschiedenheiten über ein permanentes SALT-Abkommen seien zur Zeit noch zu groß, als daß beim kommenden Gipfelgespräch in Moskau eine Einigung zustande kommen könne. Möglich sei eine Verlängerung des Interim-Abkommens um zwei bis drei Jahre und eine Absprache über die Zahl der Raketen, die in der Interimsperiode gemirvt werden dürfen.

Das Verifikationsproblem bei MIRVs sei dadurch erleichtert, daß die Sowjetunion Mehrfachsprengköpfe nicht auf alte Raketen montieren könne. So seien die bisherigen Tests auch alle mit neuen Raketentypen durchgeführt worden (drei neue Typen).¹⁰ Zwei von diesen könnten nicht ohne Änderung der Silos installiert werden. Wenn daher ein neues Silo gebaut werde, so ginge man auf amerikanischer Seite davon aus, daß es sich um eine MIRV-Rakete handele.

Abschließend möchte er zu dem Streit um SALT I feststellen, daß der relative amerikanische Vorteil heute größer sei als vor dem Interim-Abkommen. Dies werde während der ganzen Laufzeit der Interimsperiode¹¹ so bleiben.¹²

⁸ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pfeffer angeschlängelt.

⁹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pfeffer durch Fragezeichen hervorgehoben.

¹⁰ Die UdSSR führte am 25./26. Januar 1974 Versuche mit einer neuen Trägersrakete durch. Dazu wurde in der Presse berichtet: „Es handelt sich um die SS-19. Diese wurde vom sowjetischen Festland über eine Distanz von 7200 Kilometern in den Ozean hinausgeschossen. Diese Tests wurden von amerikanischen Flugzeugen und Schiffen beobachtet, aber der Sprecher des Pentagon gibt die Zahl der Einzelsprengköpfe jedes Missils nicht bekannt. Die andern drei neuen Missile mit MIRV, welche hier als SS-16, SS-17 und SS-18 bezeichnet werden, sind schon früher getestet worden, allerdings nicht über die volle Distanz, die sie nach ihrer Schubkraft erreichen könnten, und nur über Land.“ Vgl. den Artikel „Neue sowjetische Tests mit Mehrfachsprengköpfen“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 30. Januar 1974, S. 1.

¹¹ In Artikel VIII Absatz 2 des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) wurde ausgeführt: „This Interim Agreement shall remain in force for a period of five years unless replaced earlier by an agreement on more complete measures limiting strategic offensive arms. It is the objective of the Parties to conduct active follow-on negotiations with the aim of concluding such an agreement as soon as possible.“ Vgl. UNTS, Bd. 944, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, S. 397.

¹² Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pfeffer angeschlängelt.

In Moskau werde möglicherweise auch bei ABM eine neue Absprache zustande kommen.¹³ Bekanntlich seien bei SALT jeder der beiden Seiten zwei ABM-Stellungen zugebilligt worden, nämlich eine zum Schutz der Hauptstadt und eine zweite zum Schutz einer Raketenstellung.¹⁴ Die Sowjetunion habe eine Stellung zum Schutze Moskaus und die USA eine zum Schutze einer Raketenstellung. Es sei möglich, daß jetzt in Moskau vereinbart werde, auf die zweite Option zu verzichten, wobei jede Seite innerhalb von fünf Jahren einen Wechsel der ersten Option zwischen den beiden Möglichkeiten vornehmen könne.

Ferner habe das im Interim-Abkommen vorgesehene ständige Konsultationsorgan¹⁵ seine Vorarbeiten für die Beseitigung alter Raketen und Unterseeboote abgeschlossen. Das Ergebnis werde dem NATO-Rat mitgeteilt werden.

III. Sonstige Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen.

Schließlich hoffe man, einen Fortschritt im Bereich der Nuklearversuche erzielen zu können. Die Sowjetunion habe im März den Vorschlag eines umfassenden Verbots gemacht.¹⁶ Die Vereinigten Staaten hätten dagegen Bedenken erhoben, einmal aus Gründen der Schwierigkeiten der Verifikation und zum anderen wegen der Gefahr, daß ein solches Verbot als gegen dritte Staaten gerichtet ausgelegt werden könnte. Die USA wollten sich nicht dem Vorwurf der Kollusion aussetzen. Deshalb strebe man jetzt ein Schwellenverbot an, wobei unterirdische Versuche bis zu einer bestimmten Höhe (die wahrscheinlich hoch liegen werde) weiterhin möglich sein sollen.¹⁷

¹³ Für den Wortlaut des Protokolls vom 3. Juli 1974 zum Vertrag vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f. Vgl. dazu ferner Dok. 197 und Dok. 200.

¹⁴ Vgl. dazu Artikel III des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag); UNTS, Bd. 944, S. 15. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, S. 393.

¹⁵ Artikel VI des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) bestimmte: „To promote the objectives and implementation of the provisions of this Interim Agreement, the Parties shall use the Standing Consultative Commission established under article XIII of the Treaty on the limitation of anti-ballistic missile system in accordance with the provisions of that article.“ Vgl. UNTS, Bd. 944, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, S. 397.

¹⁶ Der amerikanische Außenminister Kissinger führte vom 24. bis 28. März 1974 in Moskau Gespräche mit der sowjetischen Regierung. Botschafter Krapf, Brüssel (NATO), berichtete am 1. April 1974, daß der Berater im amerikanischen Außenministerium, Sonnenfeldt, am 29. März 1974 im Ständigen NATO-Rat mitgeteilt habe: „Auch hätten die Sowjets wiederum das Thema des Comprehensive Test Ban angesprochen. Ein solcher Vertrag habe für die Sowjetunion sowohl einen Eigenwert als auch einen politischen Wert. Da nicht alle Kernwaffenmächte zur Unterzeichnung eines solchen Vertrags bereits sein dürften, ergebe sich für die Sowjetunion ein Instrument politischen Drucks. Man habe amerikanischerseits auch hier auf die Schwierigkeiten der wirksamen Überwachung eines solchen Abkommens hingewiesen und erkennen lassen, daß man nicht bereit sei, in dieser Frage auf irgend jemanden Druck auszuüben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 418; VS-Bd. 10124 (212); B 150, Aktenkopien 1974.

Zum Besuch vgl. auch Dok. 104, Anm. 16, sowie Dok. 113, Anm. 13.

¹⁷ Für den Wortlaut des Abkommens vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner Dok. 197 und Dok. 200.

Zur Diskussion stände auch ein Abkommen über Beschränkung der Umweltkriegführung (environmental warfare).¹⁸

IV. Wirtschaftsbeziehungen

Die Sowjetunion sei enttäuscht über die Verzögerung der Zustimmung des Kongresses zur Meistbegünstigungsklausel.¹⁹ Hierzu sei nur zu sagen, daß man sich nicht darüber beklagen könne, daß die Sowjetunion nicht in Übereinstimmung mit der Entspannung handle, wenn man ihr jeden Vorteil aus der Entspannung vorenthalte.

Es werde wahrscheinlich ein zehnjähriges Kooperationsabkommen abgeschlossen werden, das sich auf Informationsaustausch beschränke.²⁰ Ferner werde man ein Abkommen im Energiebereich (Informationsaustausch, gemeinsame Forschungsprogramme) schließen, das jedoch keine kommerziellen Aspekte enthalte.²¹

Außerdem würden einige weitere Kooperationsabkommen zustande kommen, wie zum Beispiel über gemeinsame Forschungsarbeiten bei Herzkrankheiten²² und über schnelle Massentransitfragen.

Abschließend bemerkte Kissinger, die Sowjetunion glaube an die Bedeutung objektiver Faktoren wie der militärischen Stärke. Wir sollten die Entspannungspolitik dazu benutzen, um ein Netz kooperativer Beziehungen zu schaffen, das so viel sowjetisches Eigeninteresse an der Krisenverhütung erzeugt, um den Tendenzen der Mäßigung über die Intransigenz die Oberhand gewinnen zu lassen. Wenn der Westen jedoch die Allianz schwäche, so werde er damit nur die Intransigenz ermutigen. Die Verhandlungen in Moskau würden keine Überraschungen und keine unerwarteten Ankündigungen bringen.

van Well²³

VS-Bd. 8084 (201)

¹⁸ Präsident Nixon und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, unterzeichneten am 3. Juli 1974 in Moskau eine Erklärung über den Schutz der Umwelt vor Beeinflussung zu militärischen Zwecken. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 185. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 367.

¹⁹ Zum Stand der Beratungen zum Handelsreformgesetz („Trade Reform Act“) in den USA vgl. Dok. 64, Anm. 9.

²⁰ Am 29. Juni 1974 unterzeichneten Präsident Nixon und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, ein Langfristiges Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Es sah insbesondere die Kooperation von amerikanischen und sowjetischen Stellen zur Erleichterung des An- und Verkaufs von Maschinen und Ausrüstungen sowie den Austausch von Patenten und Fachleuten vor. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 219.

²¹ Präsident Nixon und der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, Podgornij, unterzeichneten am 28. Juni 1974 ein Abkommen über Zusammenarbeit im Energiebereich. Es sah u. a. eine Kooperation bei der Erforschung, Ausbeutung und Nutzung fossiler Brennstoffe sowie den Austausch von Informationen über die nationalen Energieprogramme vor. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 219–221.

²² Im Abkommen vom 28. Juni 1974 über Zusammenarbeit in der Erforschung und Entwicklung von Kunstherzen vereinbarten der amerikanische Außenminister Kissinger und der sowjetische Außenminister Gromyko den Austausch von Informationen und Wissenschaftlern mit dem Ziel der gemeinsamen Entwicklung und Erprobung von Geräten, Materialien und Instrumenten, die eine Herzgefäßunterstützung einschließlich der vollständigen Herzersetzung ermöglichen sollten. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 222 f.

²³ Paraphe vom 25. Juni 1974.